

1 **Positionen der Partei DIE LINKE.Saar zur Landtagswahl am 27. März 2022**

2
3 **DIE LINKE.Saar – *verlässlich* sozial!**

- 4
5
-
- 6 1. *Verlässlich* sozial – dafür steht die DIE LINKE. Saar
- 7
- 8 2. Klasse Bildung für alle – *verlässlich* sein von der Kita über Schule, Ausbildung, Hochschule
- 9 bis zur Weiterbildung
- 10
- 11 3. Leben in Würde – *verlässlich* Armut dauerhaft bekämpfen
- 12
- 13 4. Gute Arbeit, Wirtschaft und Industrie – *verlässlich* zukunftsfähig mit den Beschäftigten
- 14 gestalten
- 15
- 16 5. Digitalisierung - digital geht auch sozial - *verlässlich* schnell umsetzen
- 17
- 18 6. Bessere Pflege und gute Krankenhausversorgung – *verlässlich* unterstützen
- 19
- 20 7. Frauen in der Krise entlasten - Entgeltungleichheit beenden - Gewalt gegen Frauen
- 21 konsequent bekämpfen - *verlässlich* die Ziele erreichen
- 22
- 23 8. Wohnen – *verlässlich* sozial bauen
- 24
- 25 9. Gerechte Verkehrswende und Mobilität – *verlässlich* bezahlbar machen
- 26
- 27 10. Energie, Klimaschutz, Verbraucherschutz – *verlässlich* die soziale Frage lösen
- 28
- 29 11. Umwelt und Natur, Landwirtschaft und Forst – *verlässlich* schützen und stützen
- 30
- 31 12. Tierschutz – *verlässlich* durchsetzen
- 32
- 33 13. Kommunen mit mehr Lebensqualität – *verlässlich* besserstellen
- 34
- 35 14. Öffentliche Sicherheit und Justiz – *verlässlich* gestalten und modernisieren
- 36
- 37 15. Katastrophenschutz – *verlässlich* krisensicher machen
- 38
- 39 16. Krisenfeste Kultur für alle und Medienvielfalt – *verlässlich* sichern
- 40
- 41 17. Ein Saarland für alle – *verlässlich* die Vielfalt stärken:
- 42 für mehr Geschlechtergerechtigkeit und selbst bestimmtes Leben in einer inklusiven
- 43 Gesellschaft, für mehr demokratische Teilhabe von Jugendlichen, für mehr direkte
- 44 Demokratie, gegen Rechts, Rassismus und Ausgrenzung, für nachhaltige
- 45 Erinnerungsarbeit, für eine bessere Kultur des Alterns und für Sport: er ist für alle da
- 46
- 47 18. Haushalt und Finanzen – *verlässlich* gewährleisten
- 48
- 49

50 **1. *Verlässlich sozial* – dafür steht DIE LINKE.Saar**

51 Wir setzen uns seit unseren Anfängen *verlässlich sozial* für die Interessen der Saarländerinnen
52 und Saarländer ein. In den nunmehr zehn Jahren Große Koalition haben wir konsequent aus
53 der Opposition heraus deren Fehlentscheidungen und Versäumnisse offengelegt, eigene
54 Initiativen entwickelt und Lösungen aufgezeigt.

55 Seit fast zwei Jahren ist unser Leben völlig verändert: die andauernde Corona-Pandemie trifft
56 uns nach wie vor sehr hart, verlangt uns viel ab und offenbart wie ein Brennglas, was vorher
57 schon falsch gelaufen ist. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander,
58 tausende Beschäftigte wurden in Kurzarbeit geschickt oder ihnen wurde gekündigt und Verlierer
59 sind Familien mit Kindern, deren soziale Bedürfnisse immer noch im Hintergrund stehen – vor
60 anderen Interessen, die eine größere Lobby haben.

61
62 Kinder und Jugendliche sind die Leidtragenden von Schulschließungen, lückenhaftem Online-
63 Unterricht und mangelnder Unterstützung. Und wir werden uns nicht damit abfinden, dass die
64 Kinderarmut im Saarland in den vergangenen 10 Jahren so stark gestiegen ist wie in fast
65 keinem anderen Bundesland.

66
67 Auch immer mehr Alleinerziehende, Studierende, Kunst- und Kulturschaffende müssen den
68 Gang zur Tafel suchen - Beschäftigte in der Veranstaltungswirtschaft und in der Gastronomie
69 sind längst am Limit. Das muss sich ändern.

70
71 Der Weg für mehr Klimaschutz ist für uns nur machbar mit der Lösung der sozialen Frage: für
72 mehr Klimagerechtigkeit dürfen nicht die einfachen Leute mit höheren Mieten und steigenden
73 Heiz- und Stromkosten zur Kasse gebeten werden. Mobilität muss bezahlbar werden.

74
75 Die Beschäftigten der Automobil- und Zuliefererindustrie, der Stahlindustrie haben einen
76 Riesenanteil am Erfolg der Unternehmen und tragen jetzt die Last der Strukturkrise. Das ist
77 nicht hinnehmbar. Betroffen sind zig-tausende Arbeitsplätze im Land – dahinter stehen
78 Menschen mit ihren Familien, die wir nicht im Regen stehen lassen wollen.

79
80 Die Situation in den saarländischen Krankenhäusern hat sich im Zuge der Pandemie weiter
81 drastisch verschlechtert. Die Pflegekräfte leisten schwerste Arbeit, tragen hohe Verantwortung,
82 - erleben aber mangelnde Wertschätzung und schlechte Bezahlung. Warme Worte und Applaus
83 reichen eben nicht, diese Missstände zu beseitigen. Mehr Personal und dauerhaft höhere
84 Löhne sind die richtigen Weichenstellungen, um den Pflegenotstand zu überwinden.

85
86 Die Verantwortlichen in Bund und Land haben viel Vertrauen, Glaubwürdigkeit und
87 *Verlässlichkeit* verspielt. Es braucht jetzt klare politische Antworten und Weichenstellungen statt
88 ständigem Maßnahmenchaos. Deshalb wollen wir:

- 89
- 90 • mehr Priorität und *Verlässlichkeit* für Kitas und Schulen.
 - 91 • eine konsequente Bekämpfung der Armut im Saarland.
 - 92 • Klimaschutz nur mit der Lösung der sozialen Frage.
 - 93 • den Umbau der Saar-Industrie nur mit den Beschäftigten und nicht gegen sie.
 - 94 • einen Kurswechsel für bessere Arbeit in der Pflege: Danke heißt mehr Gehalt.

95
96 ***Verlässlich sozial eben!***

97

98 **2. Klasse Bildung für alle – *verlässlich* sein von der Kita über Schule, Ausbildung,**
99 **Hochschule bis zur Weiterbildung**

100
101 Bildung ist der Schlüssel, um die Herausforderungen im Leben zu bewältigen. Wir wollen das
102 Recht auf Bildung für alle – unabhängig von Geldbeutel und sozialer Herkunft. Die Pandemie
103 hat die Lücken im System aufgedeckt: plötzlich war klar, dass vor allem Kitas und Schulen
104 systemrelevant sind in dieser schwierigen Zeit. Deshalb muss Bildung zukunftssicher, krisenfest
105 und nachhaltiger auf festen Füßen finanziert werden und darf nicht nur in Legislaturperioden
106 gedacht werden. Dazu muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der
107 Bildung - eine unsägliche Festschreibung im Rahmen der Föderalismusreform aus 2006 -
108 endlich fallen. Das fordern wir LINKE schon lange. Kitas und Schulen müssen Priorität haben.
109 Bildung von Anfang an über Ausbildung und Studium bis hin zur Weiterbildung braucht
110 verlässliche Rahmenbedingungen und mehr Bildungsgerechtigkeit – möglichst kostenfrei.

111 **Kitas – beitragsfrei - mit mehr Personal mehr Qualität sichern**

112 Wie wichtig die Arbeit und das Angebot der öffentlichen Kinderbetreuung - insbesondere im
113 Ganztage - ist, das wird heute niemand mehr in Frage zu stellen. In der Pandemie haben alle
114 gespürt, dass wir ohne die Betreuung in Kitas Familie und Beruf nicht mehr in Einklang bringen
115 können. Die ideologischen Debatten der Vergangenheit, welche die Ganztagsbetreuung als
116 „Zwangsbeglückung“ bezeichneten, sind wohl endgültig erledigt.

117
118 Nur: das Saarland darf bei Personalausstattung und Gruppengröße in der Kinderbetreuung
119 nicht noch weiter zurückfallen. Im letzten „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme“
120 sind unserem Land schlechte Noten ausgestellt worden. Wir wissen, dass das Personal in
121 unseren Kitas seit Jahren am Limit ist. Betreuungs- und Personalschlüssel gehen schon lange
122 an der Realität vorbei. Regelungen seit den siebziger Jahren haben sich nicht wirklich geändert
123 – der Frust über das neue Kita-Gesetz ist groß, weil sich mit Blick auf die Fachkraft-Kind-
124 Relation kaum etwas geändert hat. Eine Erzieherin oder ein Erzieher hat im Saarland einfach
125 zu viele Kinder zu betreuen.

126
127 In fast der Hälfte aller Kita-Gruppen im Land ist die Gruppengröße nicht kindgerecht, die
128 Personalausstattung entspricht vielerorts nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen. Für 84
129 Prozent der Kinder in den Kita-Gruppen im Saarland steht nicht ausreichend Fachpersonal zur
130 Verfügung, deutlich mehr als im Bundesschnitt. Es ist nicht hinnehmbar, dass die
131 Unterversorgung den absoluten Normalfall darstellt. Offenbar ist auch die Kluft zwischen der
132 Betreuungsquote und dem Bedarf an Kita- oder Kindertagespflege-Plätzen im Saarland größer
133 als erwartet. Das neue Kita-Gesetz der Landesregierung trägt alledem nicht Rechnung –
134 deshalb haben wir das Gesetz abgelehnt.

135
136 Es muss gezielt in mehr Personal, kleinere Gruppen und einen weiteren Ausbau der
137 Betreuungsmöglichkeiten investiert werden. Eine gute Kinderbetreuung ist nicht nur
138 entscheidend für gleichwertige Lebensverhältnisse, gute Chancen und Teilhabemöglichkeiten
139 für alle, sondern auch für einen Wirtschaftsstandort von Bedeutung.

140
141 Dazu gehört auch die Entlastung der Eltern in punkto Beitragsfreiheit – so wie im benachbarten
142 Rheinland-Pfalz, wo saarländische Familien genau deshalb hinziehen, weil die Kinderbetreuung
143 dort kostenlos ist.

144
145
146

147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Wir wollen

- eine bessere Personalausstattung in unseren Kitas.
- den Ausbau der Studienplätze im Studiengang Pädagogik der frühen Kindheit zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.
- den Ausbau der Ausbildungsplätze und Weiterbildungsmöglichkeiten.
- bessere Arbeitsbedingungen, höhere Bezahlung und Perspektiven für Erzieherinnen und Erzieher.
- eine deutliche Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation.
- eine spürbare Reduzierung der Gruppengrößen, damit Kinder mehr Freiraum haben.
- mehr Unterstützung zur Umsetzung der direkten pädagogischen Arbeit.
- Kitas endlich auch im Saarland komplett beitragsfrei machen – eine langjährige Forderung der LINKEN.

161
162

Schulen – besser ausstatten und unterstützen

163 Leider musste erst eine Pandemie kommen, um die Defizite im System Schule an den Tag zu
164 bringen - nämlich: fehlendes Personal, Ressourcen zu eng auf Kante genäht, massiver
165 Sanierungsstau, zu große Klassen, die Unterricht auf Abstand kaum möglich machen und
166 mangelnde digitale Strukturen.

167 Die durch den Unterrichtsausfall in der Corona-Krise entstandenen Rückstände werden nicht in
168 ein paar Monaten einfach so verschwinden. Ein 'weiter so wie immer' kann angesichts der
169 Schulschließungen und Home-Schooling, das viele vor allem aus einkommensschwachen
170 Familien nicht erreicht, und Quarantänezeiten keine Lösung sein. Die entstandenen Lerndefizite
171 müssen so ausgeglichen werden, dass Kinder und Jugendliche nicht für eine Situation bestraft
172 werden, für die sie nichts können.

173 Gerade Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien hatten monatelang kaum
174 die Möglichkeit, am Unterricht teilzunehmen, weil ihnen technische Infrastruktur, ausreichend
175 freies Datenvolumen, Lern-Rückzugsmöglichkeiten und Unterstützung zuhause bei der Online-
176 Schule fehlen.

177 Es ist daher eine wichtige soziale Aufgabe, die Benachteiligungen abzubauen. Das geht nicht
178 mit befristeten und teilweise von Studierenden besetzten Lehrer-Stellen. Dafür braucht es
179 kleinere Klassen und unbefristete Lehrerstellen. Dazu gehören auch mehr Förderstunden,
180 Schulbegleiter und freiwillige Feriencamps, um Kinder und Jugendliche da abzuholen, wo sie
181 derzeit stehen – und ein Aufholprogramm, das den Namen auch verdient.

182 Hier ist auch der Bund in der Pflicht, der für die Bewältigung der sozialen Folgen der Pandemie
183 viel mehr Mittel zur Verfügung stellen muss. Zur Lösung braucht es insgesamt politische
184 Antworten und wirksame Maßnahmen gegen Schulschließungen und für Aufholprogramme, die
185 den Namen auch verdienen.

186
187
188
189
190

Wir wollen

- einen krisenfesten „Bildungsfonds“ aus Bundesmitteln zur Finanzierung von mehr festen Stellen, für Räumlichkeiten und flächendeckende Luftfilteranlagen u. a. an allen

191
192
193
194

Schulformen – zur Beendigung des Sanierungsstaus und für bessere Rahmenbedingungen an unseren Schulen.

- eine Offensive zur Steigerung der Attraktivität für alle pädagogischen Felder, für Mangelfächer, für den Bereich Sekundarstufe 1 und die sozialpädagogischen Berufe.

Grundschulen – stärker machen und Lehrkräfte spürbar entlasten

Die Grundschule ist die wichtigste Schule und braucht zur Überwindung ungleicher Bildungschancen die besten Bedingungen. Grundschulen stehen als inklusive Schulen durch die Auswirkungen der Pandemie und eine vielfältige Schülerschaft vor besonderen Herausforderungen.

Wir wollen

- kleinere Klassen für bessere Lernbedingungen, mehr individuelle Förderung und mehr räumlichen Abstand: der Klassenteiler wurde nach jahrelanger politischer Diskussion wenigstens auf 25 reduziert. Für uns kann das nur ein Anfang sein.
- eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung: Lehrkräfte an Grundschulen haben immer noch die höchste Unterrichtsverpflichtung. Das ist nicht gerecht.
- bessere Perspektiven mit besserem Gehalt wie der Besoldungsgruppe A13 für alle, damit die Abwanderung in andere Bundesländer und die Diskriminierung gestoppt werden.
- verlässliche, attraktivere Leitungsstrukturen für alle Grundschulen.
- eine Lehrer:innenfeuerwehr mit ausgebildeten Lehrkräften, um den Unterrichtsausfall verlässlich aufzufangen.
- den Ausbau der Studienplätze für das Lehramt Primarstufe.
- Zuschüsse zu Projekten in besonderen sozialen Verhältnissen.

Gemeinschaftsschulen - als Schule für alle weiter ausbauen

Gemeinschaftsschulen sollen alle Kinder und Jugendlichen - unabhängig von persönlichen und sozialen Voraussetzungen - zum bestmöglichen Lernfortschritt und zum höchstmöglichen Schulabschluss führen. Als inklusive Schulen mit sehr vielfältiger Schülerschaft brauchen die Gemeinschaftsschulen - auch wegen der schwierigen pandemischen Lage - mehr personelle Ressourcen und verstärkt Unterstützungssysteme aus Schulsozialarbeit, schulpsychologischem Dienst, sonderpädagogischer Förderung und Sprachförderung. Eine Augenhöhe mit den Gymnasien ist längst nicht erreicht - dafür setzen wir uns weiter mit Nachdruck ein.

Denn schon heute haben in den Gemeinschaftsschulen rund 40 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten keine Gymnasial-Empfehlung und hätten an einem Gymnasium kaum eine Chance gehabt. Trotzdem schaffen sie ihr Abitur. Das ist ein Beleg für die hervorragende Arbeit der Gemeinschaftsschulen. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Elternhäusern oder mit mangelnden Deutschkenntnissen oder mit zusätzlichem Förderbedarf haben schon jetzt vor allem an den Gemeinschaftsschulen eine Chance auf einen guten Bildungsabschluss, weniger jedoch an den Gymnasien.

244 **Wir wollen**

- 245 • kleinere Klassen für mehr individuelles Lernen, zum Aufarbeiten von Lerndefiziten und
246 für mehr räumliche Abstände: der Klassenteiler ist deutlich zu senken, das fordern wir
247 seit Jahren!
- 248 • mehr Personal, da hier zu einem großen Teil die Aufgaben der Inklusion im
249 weiterführenden Schulbereich bewältigt werden – ebenso wie die Förderung von Kindern
250 und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien.
- 251 • eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, um mehr Freiräume für die Lehrkräfte zu
252 erlangen.
- 253 • eine höhere Besoldung mit A 13 für Grund- und Hauptschullehrkräfte an
254 Gemeinschaftsschulen.
- 255 • die Umwidmung von zwei Stunden Unterrichtsverpflichtung in eine Systemzeit.
- 256 • eine Funktionsstellenstruktur wie an den Gymnasien.
- 257 • den Ausbau der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, um auch hier das Abitur nach 9
258 Jahren verstärkt anbieten zu können.
- 259 • Zuschüsse zu Projekten in besonderen sozialen Verhältnissen.

260 **Förderschulen und Inklusion - Fachkräftemangel beseitigen**

261
262 Inklusion kann nur im Miteinander der bestehenden Strukturen bewältigt werden. Seit Jahren
263 wurde es jedoch versäumt, dem Fachkräftemangel im sonderpädagogischen Bereich
264 entgegenzuwirken. Inklusion ist immer noch viel zu wenig gelebte Praxis, weil die
265 Rahmenbedingungen nicht stimmen. Dabei steigen die Anforderungen enorm, da immer mehr
266 Schülerinnen und Schüler eine intensivere Förderung brauchen – nicht zuletzt wegen der
267 Corona-Situation an unseren Schulen. Die Schwächsten sind am stärksten von den
268 Auswirkungen der Pandemie betroffen, die Lehrkräfte gleichzeitig am Limit und das ist nicht
269 hinnehmbar. Damit Inklusion gelingt, braucht es auch entsprechendes Fachpersonal an allen
270 Regel- und Förderschulen. Also neben Lehrkräften, sonder- und inklusionspädagogisches
271 Personal sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Nur das heißt Bildungsgerechtigkeit.
272 Das von CDU und SPD versprochene ‚Kollegium der Zukunft‘ mit vielen Kräften in
273 multiprofessionellen Teams bleibt nach wie vor Zukunftsmusik.

274
275 **Wir wollen**

- 276
277 • kleinere Klassen an Regel- und Förderschulen, damit der Schülerzuwachs und die
278 damit verbundenen Herausforderungen gestemmt und Problemlagen gemildert werden
279 können.
- 280 • eine mobile Lehrerreserve für den Bereich Förderschulen / Inklusion, um in
281 Krankheitsfällen der Mehrbelastung der Lehrkräfte entgegenzutreten und die Förderung
282 der betroffenen Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.
- 283 • einen stärkeren Schwerpunkt „Inklusion“ in der Lehrerbildung.
- 284 • die Einrichtung eines Lehrstuhls für Inklusion und Förderpädagogik an der Universität
285 des Saarlandes, damit unsere Lehrkräfte auch im Saarland ausgebildet werden können.
- 286 • ein unabhängiges „Zentrum Inklusion“

287
288 **Gymnasien - Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien umsetzen**

289 Wir LINKE haben uns stets gegen G8 und für die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 an
290 Gymnasien ausgesprochen, da das Turbo-Abi nachweislich ein riesiger schulpolitischer Fehler

291 war. Während andere Bundesländer diesen Fehler längst korrigiert haben, mussten
292 saarländische Schülerinnen und Schüler, ihre Lehrkräfte und ihre Familien jahrelang bis heute
293 damit leben. Es ist schon bemerkenswert, dass die Saar-CDU kurz vor der Landtagswahl
294 zurück zu G9 will. Jahrelang hat man sich gegen eine erneute Debatte über die Rückkehr zu G9
295 gewandt. Die Chance, innerhalb einer gesamten langen Wahlperiode das Abitur nach 9 Jahren
296 auch am Gymnasium möglich zu machen, wurde schlichtweg vertan.

297 **Wir wollen**

- 298 • ein klares Gesamtkonzept zur Umsetzung von G9.
- 299 • keine Wiedereinführung der verbindlichen Gymnasial-Empfehlung in der Grundschule,
300 weil damit die soziale Spaltung in unserem Bildungssystem noch größer werden wird.
- 301 • kleinere Klassen zur besseren individuellen Förderung und zur Wahrung räumlichen
302 Abstands.
- 303 • die Stärkung des MINT-Bereichs.
- 304 • die zügige Besetzung von Funktionsstellen.
- 305 • eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, um mehr Freiräume für Lehrkräfte zu
306 erlangen.
- 307 • die Umsetzung von mehr Inklusion.

309 **Berufliche Schulen - Augenhöhe mit allgemeinbildenden Schulen sichern**

310 Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir aufwerten. Die beruflichen Schulen
311 tragen zur Durchlässigkeit im Bildungssystem und damit zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei.
312 Daher muss die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung erreicht und die
313 beruflichen Vollzeitschulen durch angemessene Berücksichtigung der berufsbildenden Fächer
314 gestärkt werden.
315

317 **Wir wollen**

- 318 • mehr Personal, um Unterrichtsausfall und Lehrermangel zu beseitigen.
- 319 • qualifizierte Fachkräfte für berufsspezifische Unterrichtsfächer im Rahmen der dualen
320 Ausbildung erreichen.
- 321 • eine standortspezifische Lehrerreserve, um krankheitsbedingte Belastungen
322 aufzufangen.

325 **Sprachförderung - an allen Schulformen stärken**

326 Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse und mit
327 Sprachdefiziten steigt an unseren Schulen. Hier braucht es schnelle Lösungen, damit die
328 individuelle Förderung besser gelingt. Die Sprachförderung ist Aufgabe des Regelunterrichts
329 und muss im Rahmen von „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ) schulformübergreifend unterstützt
330 werden.
331

333 **Wir wollen**

- 334 • die Einrichtung der Studienfächer „DAZ / Sprachförderung“ als Lehramtsstudiengang.
 - 335 • die Schaffung nachvollziehbarer Einstellungskriterien von Sprachförderlehrkräften.
 - 336 • unbefristete Stellen für Sprachförderlehrkräfte, damit Sprachförderung Kontinuität hat.
- 337
338

339 **Multiprofessionelle Teams - endlich Realität werden lassen**

340
341 Seit Beginn der Legislaturperiode spricht die Große Koalition im Land von multiprofessionellen
342 Teams zur Unterstützung der Schulen. Leider ist das versprochene ‚Kollegium der Zukunft‘ mit
343 vielen Kräften in multiprofessionellen Teams nach wie vor Zukunftsmusik.

344 **Wir wollen**

- 345 • für alle Schulformen multiprofessionelle Teams als Unterstützungssysteme mit mehr
346 Lehrkräften aus dem Bereich der Sprachförderung, der Sozialpädagogik, der
347 Sonderpädagogik sowie medizinischen und therapeutischen Kräften auf den Weg
348 bringen.
349
350

351 **Schulmitbestimmung - für alle verankern**

352
353 Die Schulsozialarbeit ist Teil der Schulgemeinschaft und muss in den schulischen
354 Mitbestimmungs-Gremien vertreten sein. Die Schule von heute kann auf Sozialarbeiterinnen
355 und Sozialarbeiter, Integrationshelferinnen und Intergrationshelfer, Erzieherinnen und Erzieher
356 sowie Sprachförderlehrkräfte nicht mehr verzichten - sie spielen eine Schlüsselrolle. Die Große
357 Koalition hat diese Chance im Rahmen der Änderung des Schulmitbestimmungsgesetzes
358 vertan, weil sie sich nicht einig war.

359 **Wir wollen**

- 360 • die Aufnahme der Schulsozialarbeit in das saarländische Schulmitbestimmungsgesetz.
361
362

363 **Ganztagsbetreuung – wohnortnah und kostenfrei ausbauen**

364
365 Der Ausbau von Ganztagschulen bietet die Chance, dem Schultag einen anderen Rhythmus
366 zu geben und mit Nachmittagsangeboten Bewegung, Sport und Spiel in den Tagesablauf von
367 Kindern und Jugendlichen zu bringen. Nötig sind mehr echte, also gebundene
368 Ganztagschulen, mit klarem pädagogischem Profil und angemessener Personalausstattung.
369 Gleichzeitig muss die Personalsituation an den Freiwilligen Ganztagschulen verbessert
370 werden. An unseren Grundschulen fehlen Ganztagsplätze – hier brauchen Eltern mit ihren
371 Kindern mehr Verlässlichkeit, im Sinne der Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
372 Ab dem Jahr 2026 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle
373 Grundschul Kinder. Dazu müssen Investitionslücken geschlossen und kommunale
374 Investitionsprogramme ohne kommunalen Eigenanteil aufgelegt werden, damit die Kommunen
375 kindgerechte und nachhaltige Betreuungsplätze bauen können.

376 **Wir wollen**

- 377 • Personalreserven schaffen, insbesondere bei den Leitungen, und die Anrechnung
378 zusätzlicher Betreuungszeiten.
379
- 380 • mehr Ganztagsplätze für die Grundschulen, bis der Rechtsanspruch greift.
- 381 • wohnortnahe und kostenfreie Ganztagsbetreuung zur Entlastung der Familien.

382 **Digitale Schule – mehr Engagement bei der Anbindung der Schulen an schnelles Internet**

383
384 Die digitale Infrastruktur an unseren Schulen hinkt der Entwicklung hinterher – von einer
385 Anbindung an das Glasfasernetz ganz zu schweigen. Internet-Recherche, die Vermittlung von
386 Lerninhalten über Online-Angebote und der kritische Umgang auch mit Online-Medien gehört

387 heute zum Unterricht dazu. Es reicht eben nicht, gerade Kindern und Jugendlichen aus
388 einkommensschwachen Familien ein Tablet in die Hand zu drücken und sie damit zu Hause
389 ohne Internet und Betreuung alleine zu lassen. Das hat mit gleichen Chancen nichts zu tun.
390

391 Wir brauchen Digitalisierung, die echten Fortschritt mit sich bringt, und nicht nur wohlklingende
392 Schlagzeilen. Der Frust und die Enttäuschung vieler Lehrkräfte im Saarland über die
393 Digitalisierungspolitik der Großen Koalition steigt. Ein durchdachtes, innovatives
394 Digitalisierungskonzept, das im Dialog mit Expertinnen und Experten sowie den Lehrkräften
395 (und nicht über deren Köpfe hinweg) erarbeitet wird, ist notwendig – will sagen: mit
396 pädagogischer Begleitung, weiterentwickelt in den Lehrplänen und datenschutzkonform sowie
397 rechtssicher. Das voreilige Anbieten von Tablets für die sechsten Klassen, ohne dass an vielen
398 Schulen überhaupt W-Lan existiert, ist ohne flächendeckende digitale Infrastruktur an allen
399 Schulen ein Schnellschuss.
400

401 **Wir wollen**

- 402
- 403 • ein pädagogisches Konzept zu digitalem Unterricht, mit klaren Zielvorgaben und einer
- 404 Anpassung der Lehrpläne – gekoppelt mit entsprechenden Fortbildungen.
- 405 • an allen Schulen flächendeckend schnelle Internetverbindungen.
- 406 • landesweite Regelungen dafür, wer in den Schulen für die Wartung und den
- 407 technischen Support zuständig ist, verbunden mit einem festen Stunden-Deputat für
- 408 diese wichtige Aufgabe.
- 409 • bessere Voraussetzungen für IT-Fachkräfte an Schulen.
- 410 • die Digitalisierung in der Lehreraus- und -weiterbildung verankern.
- 411 • digitale Medienbildung als Querschnittsaufgabe auf den Weg bringen.
- 412 • ausreichend freies Internet-Datenvolumen, Infrastruktur, freie Rückzugsräume zum
- 413 ungestörten Lernen und weitere Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler.
414

415 **Monitoringstelle für Unterrichtsmaterialien an unseren Schulen**

416

417 Wir sagen auch dem zunehmenden Einfluss von Lobbyorganisationen auf Unterrichtsinhalte
418 den Kampf an. Denn laut der Organisation LobbyControl sind 16 der 20 umsatzstärksten
419 deutschen Unternehmen an der Produktion von Unterrichtsmaterialien beteiligt und lediglich 13
420 Prozent der 15-Jährigen in Deutschland besuchen eine Schule, an der Unternehmen und
421 Industrie keinen Einfluss auf die Lehrinhalte ausüben. Deshalb wollen wir im Saarland eine
422 Monitoringstelle für Unterrichtsmaterialien einrichten, die freie Materialien überprüft und
423 Empfehlungen und Warnungen an die Lehrerinnen und Lehrer gibt. Denn leere öffentliche
424 Kassen und Lehrermangel bringen Schulen verstärkt dazu, auf kostenlose
425 Unterrichtsmaterialien oder Unterrichtseinheiten durch externe angebliche Fachleute zurück zu
426 greifen. Nicht immer ist auf den ersten Blick durchschaubar, wer mit welchen Interessen hinter
427 solchen Materialien steckt. Darum muss das Land hier tätig werden.
428

429 **Berufsausbildung – fit für die Zukunft mit besserer Vergütung und Förderung für Azubis**

430 Wir setzen uns von Anfang an für das Recht aller Jugendlichen auf eine qualifizierte
431 Berufsausbildung ein. Der Eintritt ins erste Ausbildungsjahr muss möglich sein – entweder über
432 berufliche Schulen oder über außerbetriebliche Ausbildungsstätten. Die berufliche
433 Erstausbildung steht jedoch nicht nur pandemiebedingt unter erheblichem Druck, sondern auch
434 mit Blick auf neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Die Zahlen sind im Saarland
435 besorgniserregend gesunken – deutlich schlechter als im Bundesvergleich. Die duale

436 Ausbildung muss hier nachhaltig gestärkt werden. Dazu braucht es eine umlagefinanzierte
437 Ausbildungsgarantie wie in Österreich, wobei kleinere Ausbildungsbetriebe stärker unterstützt
438 werden müssen, u. a. durch einen Fonds, in den Betriebe, die nicht ausbilden, einzahlen.

440 **Wir wollen**

- 442 • besseren Jugendarbeitsschutz und mehr Mitbestimmung in Betrieben, Berufsschulen
443 und Ausbildungsstätten.
- 444 • eine höhere Ausbildungsvergütung, weil das Saarland deutlich unter dem Bundesschnitt
445 liegt.
- 446 • eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie mit einem Fonds zur Unterstützung
447 kleinerer Ausbildungsbetriebe.

449 **Hochschulen – gute Hochschulen kosten gutes Geld**

450 Ein attraktiver Hochschul- und Wissenschaftsstandort Saar mit steigenden Studierendenzahlen
451 ist keine Angelegenheit der Hochschulen allein, sondern eine öffentliche Aufgabe. Dazu gehört
452 eine verlässliche und bedarfsgerechte Ausstattung mit finanziellen Mitteln. Die Globalhaushalte
453 gehören aufgestockt – die Abhängigkeit von Drittmittelfinanzierungen reduziert. Die Saar-Uni
454 muss als einzige Universität des Landes Volluniversität bleiben. Wir möchten eine pluralistische
455 Bildungs- und Forschungslandschaft, die sich nicht nach Kriterien von Angebot und Nachfrage
456 richten muss.

457 Lebendige Hochschulen sind geprägt von einer vielfältigen und kritischen Studierendenschaft.
458 Viele Studierende stehen wegen der Corona-Krise nun schon das vierte Semester ohne
459 Nebenjob und Zusatzverdienste da. Angesichts der derzeit steigenden Inflation, höherer
460 Energiepreise und einem zu beobachtenden wachsenden Anteil von Studierenden als Kunden
461 an Tafeln ist die Not unübersehbar. Die Überbrückungshilfen des Bundes und die Nothilfefonds
462 der Universität erreichen zu wenig Studierende. Deshalb muss es schnellstens Verbesserungen
463 beim BAföG geben, damit mehr Studierende unbürokratisch mehr Unterstützung erhalten. Denn
464 derzeit ist das BAföG weit davon entfernt, Studierenden unabhängig von ihrer Herkunft
465 finanzielle Unabhängigkeit zu ermöglichen. Deshalb ist die Reform dringend notwendig.

467 Viele Studierende arbeiten als wissenschaftliche oder studentische Hilfskräfte an
468 saarländischen Hochschulen. Deren Arbeitsalltag ist geprägt durch tariflich nicht geregelte
469 Arbeitsbedingungen und fehlende Mitbestimmung. Wir müssen die Studierenden in der
470 derzeitigen Pandemie-Situation unterstützen. Dazu gehört auch eine Stärkung ihrer
471 Mitbestimmung sowie eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen mit einem Tarifvertrag.

472 Für dauerhafte Aufgaben an den Hochschulen müssen auch Dauerstellen geschaffen werden
473 können, um das Lehr- und Forschungsangebot zu verbessern. Der prekären Beschäftigung auf
474 dem Campus ist der Kampf anzusagen. Gute Arbeit in der Wissenschaft darf kein Schlagwort
475 sein – dafür wollen wir uns weiter einsetzen. Das Land muss zudem gewährleisten, dass
476 Studierende ausreichend bezahlbaren Wohnraum campusnah vorfinden.

478 Wir treten dafür ein, die Zugangsbeschränkungen für die saarländischen Hochschulen zu
479 senken und den Numerus Clausus abzuschaffen. In einem Prozess mit allen Beteiligten sind
480 Alternativen zur Zulassungsbeschränkung zu entwickeln. Wer mehr Akademikerinnen und
481 Akademiker will, der muss die Hochschulen öffnen. Das kostet natürlich Geld, bringt dem Land

482 aber auch mehr gut ausgebildete junge Menschen - und das ist gut für den Wirtschaftsstandort
483 Saarland.

484
485 Darüber hinaus fordern wir von den saarländischen Hochschulen grundsätzlich mehr
486 Transparenz beim Einwerben von Drittmitteln aus der Wirtschaft. Diese sind notwendig und
487 eine Anerkennung für Forschungserfolg - damit darf jedoch die eigentliche Aufgabe der
488 Universität, die freie Wissenschaft, nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Wir setzen uns
489 daher für eine ausfinanzierte Grundlagenforschung ein, die durch Bund und Länder gemeinsam
490 geleistet werden sollte.

491
492 Wir wollen keine Rüstungsforschung oder Forschungsprojekte zur Überwachung von Menschen
493 an unseren Hochschulen, sondern eine ausschließlich auf Frieden ausgerichtete Forschung
494 und Lehre. Dazu fordern wir die Verankerung der Zivilklausel in den Regelwerken für
495 saarländische Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir sehen dies nicht als
496 Bevormundung, sondern als positive Orientierung für die Hochschulen.

497
498 Wir schlagen vor, auf die Erstellung eines Kodex für zivile Forschung und Lehre hinzuwirken.
499 Darin könnten beispielsweise Leitlinien zur Auswahl der Drittmittelgeber enthalten sein. Eine
500 weitgehende Transparenz von Forschungsprojekten, Auftraggebern und Finanzvolumen
501 erscheint dringend geboten.

502 503 **Wir wollen**

- 504 • eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen, die sich am tatsächlichen Bedarf
505 orientiert, mit einer Aufstockung der Globalhaushalte.
- 506 • unbürokratische, ausreichende Überbrückungshilfen und Nothilfefonds für die
507 Studierenden.
- 508 • die dringend überfällige BAföG-Reform schnell auf den Weg bringen.
- 509 • Tarifvertrag und Personalvertretung für studentische Beschäftigte an saarländischen
510 Hochschulen einführen.
- 511 • Dauerstellen für Daueraufgaben an den Hochschulen.
- 512 • campusnahen bezahlbaren Wohnraum für Studierende und den Erhalt der Mensa auf
513 dem Campus Homburg.
- 514 • die Zugangsbeschränkungen für die saarländischen Hochschulen senken und den
515 Numerus Clausus abschaffen.
- 516 • Transparenz beim Einwerben von Drittmitteln aus der Wirtschaft.
- 517 • eine verbindliche Zivilklausel zur Forschung für die Menschen, nicht für das Militär.
- 518 • einen Kodex für zivile Forschung und Lehre.

519 520 **Weiterbildung – zukunftsfähig aufstellen**

521 Gerade die Pandemie hat klar aufgezeigt, dass Weiterbildung unverzichtbar ist, um auf die
522 neuen Herausforderungen mit Blick auf den Strukturwandel reagieren zu können. Alle müssen
523 die Möglichkeit haben, einen Bildungsabschluss nachzuholen, eine Fortbildung zu belegen oder
524 sich beruflich neu zu orientieren. Zu einer starken vierten Säule unseres Bildungssystems kann
525 die Weiterbildung nur werden, wenn sie auf eine stabilere finanzielle Grundlage gestellt wird:
526 durch mehr Engagement der Unternehmen in der betrieblichen Fortbildung, durch eine deutlich
527 umfangreichere Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit
528 sowie durch einen Ausbau der Förderleistungen durch Bund, Länder und Kommunen. Die
529 Volkshochschulen spielen für lebenslanges Lernen eine große Rolle und sind als qualitativ

530 hochwertige Bildungseinrichtung für lebenslanges Lernen, die allen offensteht, bedarfsorientiert
531 auszubauen.

532

533 **Wir wollen**

534

- 535 • die Einführung eines generellen Mitbestimmungs- und Initiativrechts der Betriebs- und
536 Personalräte zur Stärkung der Mitbestimmung.
- 537 • die Unterstützung der Weiterbildung von Geringqualifizierten, Älteren und in Teilzeit
538 oder prekär Beschäftigten.
- 539 • eine Erhöhung der Landeszuschüsse für Volkshochschulen für die Durchführung von
540 Kursen zum Erwerb der Schulabschlüsse und der Grundbildung.
- 541 • Vergütung der Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung über sozialversicherungspflichtige
542 Stellen statt Honorarverträge.

543

544 **Französisch sprechen im Saarland stärken – von Anfang an**

545

546 Sprache stärkt den Zusammenhalt - wir setzen uns für ein friedliches und partnerschaftliches
547 Zusammenleben in Europa und der Welt ein. Wir sind bestrebt, die Europäische Union hin zu
548 einer sozialen und solidarischen Gemeinschaft zu entwickeln. Europäische Integration und
549 grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu unseren Nachbarländern Frankreich und Luxemburg
550 haben für uns deshalb einen hohen Stellenwert. Französisch sprechen im Saarland gehört für
551 uns dazu.

552 Die Verkündung der Frankreichstrategie im Jahr 2014 klang stets gut – umgesetzt wurde bisher
553 nur wenig. Die „Zweisprachigkeit bis 2043“, das hehre Ziel der Frankreichstrategie, halten viele
554 Expertinnen und Experten für unrealistisch. Bis Französisch eine echte Verkehrssprache im
555 Saarland wird, muss noch sehr viel passieren. Der Sprachenrat hat vor gut zwei Jahren schon
556 konkrete Entwicklungsperspektiven und Ziele gefordert, damit die Frankreichstrategie ihren
557 Namen auch verdient. Leider fehlt es bis jetzt noch an ausreichender Finanzierung, an
558 Fachkräften und grenzüberschreitenden Studiengängen, um mehrsprachige
559 Grundschullehrkräfte zum Beispiel auszubilden.

560

561 Ein wichtiges bildungspolitisches Ziel ist unbestritten: nämlich Kinder schon in Kitas die
562 französische Sprache kindgerecht erleben zu lassen. Dass über die Hälfte der saarländischen
563 Kitas gut aufgestellt, zweisprachig mit Französisch arbeitet, ist eine richtige Entwicklung, die
564 fortgesetzt werden muss.

565 Beim Übergang von der Kita in die Grundschule geht erlerntes Französisch schnell verloren,
566 weil rund drei Viertel aller Grundschulen immer noch keinen Französisch-Unterricht ab der
567 ersten Klasse anbieten. Auch hier herrscht Personalmangel, hier braucht es mehr Lehrerstellen
568 mit Schwerpunkt Französisch - sonst kann diese Lücke nicht geschlossen werden.

569

570 **Wir wollen**

571

- 572 • mehr Fachpersonal für Französisch in Kitas und Schulen.
- 573 • ausreichend Lehrerstellen mit Schwerpunkt Französisch.
- 574 • Französisch ab Klasse 1 als Pflichtfach.
- 575 • eine feste Finanzierung und konkrete Entwicklungsperspektiven zur sichtbaren
576 Umsetzung der Frankreichstrategie.

577

578
579
580
581
582
583

584
585
586
587
588
589
590
591
592
593
594
595
596
597
598
599
600
601
602
603
604
605
606
607
608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626

3. Leben in Würde – *verlässlich* Armut dauerhaft bekämpfen

Wer Armut bekämpfen will, muss den Reichtum begrenzen - mit gerechter Besteuerung bei gleichzeitiger Entlastung von Normal- und Geringverdienern. Umsteuern gelingt nur mit der Einführung von armutsfesten Löhnen ohne Ausnahmen.

17 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer sind arm. Seit über zwei Jahren ist das öffentliche und private Leben von der Pandemie eingeschränkt und Armut hat einen neuen Höchststand erreicht. Hilfsangebote wie Tafeln und Sozialkaufhäuser können den Zuwachs kaum noch stemmen. Arme Menschen sind in jeder Hinsicht am meisten betroffen - vor allem Alleinerziehende mit Kindern. Altersarmut ist weiblich, trifft aber auch immer mehr Männer - Corona hat die soziale Ungleichheit insgesamt verschärft: fast jede fünfte Person arbeitet bei uns im Saarland trotz Vollzeitstelle für einen armutsgefährdenden Niedriglohn. Auch viele junge Menschen, Beschäftigte im Gastgewerbe und Frauen sind von den Armuts-Löhnen betroffen. Um den Niedriglohn-Sektor, der auch im Saarland viel zu stark ausgebaut wurde, auszutrocknen, muss die gesetzliche Lohnuntergrenze armutsfest sein.

Wir wollen

- die strukturelle Armut im Saarland bekämpfen.
- einen armutsfesten Mindestlohn von 13 Euro.
- uns für ein sanktionsfreies Mindesteinkommen von 1.200 Euro einsetzen, für alle, die es brauchen: ob in Rente, Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit oder im Studium – kein volljähriger Mensch soll weniger haben.
- als Soforthilfe einen Krisenaufschlag von 100 Euro auf Hartz IV, wie es Sozialverbände fordern.
- einen Corona-Armutsgipfel, um Lösungen für die gravierenden Probleme zu finden.
- den saarländischen "Aktionsplan gegen Armut" ausbauen und finanziell stärken.
- Maßnahmen gegen die Jugendarmut mit angemessenen Ausbildungsplätzen und begleitenden Hilfen.
- den sozialen Wohnungsbau im Saarland massiv vorantreiben.
- den Ausbau des ÖPNV mit Nulltarif für Leistungsbeziehende und Menschen ohne Einkommen.
- das Modellprojekt 3. Arbeitsmarkt mit dem Saarland als Modellregion.
- mehr Arzt-Praxen für Menschen ohne Krankenversicherung.

Im Saarland ist die Kinderarmut in den vergangenen zehn Jahren so stark gestiegen wie in fast keinem anderen Bundesland. Von allen Flächenländern in Deutschland hat das Saarland den höchsten Anteil von Kindern in Familien, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Mehr als jedes fünfte Kind hier bei uns ist arm. Leistungen, zum Beispiel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, erreichen viele anspruchsberechtigte Familien überhaupt nicht, da die bürokratischen Hürden viel zu hoch sind. Die Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen ist trotz reduzierter Elternbeiträge für viele zu teuer – ein kostenloses Mittagessen gibt es nicht für alle Kinder. Das Ausmaß und die Entwicklung der Armut von Kindern und Jugendlichen ist ein Ausdruck armuts- und gesellschaftspolitischen Versagens.

Und die Armut von Kindern ist immer auch die Armut der Eltern und wird „vererbt“ – mit allen negativen Folgen der Ausgrenzung: weniger soziale Kontakte, Gesundheitsprobleme, fehlende Schul- und Berufsabschlüsse und vieles mehr. Damit wollen wir uns nie abfinden.

627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650
651
652
653
654
655
656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673

Wir wollen

- einen „Masterplan gegen Kinderarmut“: mit finanzieller Unterstützung und einem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur sowie Freizeitangeboten – niedrighschwellig, barrierefrei, wohnortnah im Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei.
- einen echten Systemwechsel mit einer eigenständigen Kindergrundsicherung in angemessener Höhe. Sie muss leicht verständlich, transparent und gerecht sein, um die Familien zu erreichen. Die ersten Schritte auf Bundesebene sind zumindest eingeleitet.
- dass Kinder aus armen Familien zusätzlich als Sofortmaßnahme zum Kindergeld einen nach Alter gestaffelten Zuschlag bis zu 302 Euro erhalten.
- das Kindeswohl viel stärker in den Mittelpunkt stellen und Kinderrechte im Grundgesetz verankern.
- den Ausbau der Begleitung von Familien aus schwierigen Lebensverhältnissen.
- die völlige Beitragsfreiheit in unseren Kitas wie bei unseren Nachbarn in Rheinland-Pfalz, um Abwanderung zu verhindern und saarländische Eltern zu entlasten. Wir LINKE fordern dies seit Jahren.
- die Ganztagsbetreuung flächendeckend, qualitativ hochwertig und gebührenfrei unter ausreichender Mitfinanzierung des Bundes.
- das Mittagessen für alle Kinder und Jugendliche kostenlos, damit arme Familien nicht stigmatisiert werden.

Es gibt den unrühmlichen Zusammenhang zwischen Armut und Bildung – auch hier bei uns im Saarland. Daher gilt es, die Kinderarmut auch bildungspolitisch zu bekämpfen. Dazu muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung endlich aufgehoben werden.

4. Gute Arbeit, Wirtschaft und Industrie – *verlässlich* zukunftsfähig mit den Beschäftigten gestalten

Die Pandemie deckt ungeschönt die strukturellen Problemlagen im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung im Saarland auf. Mit den Auswirkungen der Krise gehen soziale und wirtschaftliche Folgen einher – die Unsicherheiten mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die Sorgen wegen der sich verschlechternden Einkommenssituation müssen ernst genommen werden.

Arbeit - gut und fair bezahlt für alle

Wir sind der festen Überzeugung, dass der Strukturwandel nur mit einer starken Mitbestimmung gelingen kann. Wir streiten gegen Ausbeutung und Unsicherheit im Job – und für gute Arbeitsbedingungen für alle. Gesundheit und Zufriedenheit der Beschäftigten sollten das Ziel der Politik sein. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Arbeit soll für alle Menschen sicher, unbefristet, sinnvoll und tariflich bezahlt sein. Egal ob sie im Blaumann oder im Pflegekittel, mit Wischmopp oder Laptop geleistet wird.

Die Ausweitung von Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen untergräbt erkämpfte Rechte und Sozialstandards: Der Kündigungsschutz wird durch Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge ebenso außer Kraft gesetzt wie der Mutterschutz. Werkvertragsbeschäftigte innerhalb des Betriebes werden nicht vom Betriebsrat vertreten. Wer um die Verlängerung

674 seines Arbeitsvertrages fürchtet, muss sich zurückhalten bei Betriebsratsgründungen und
675 Tarifaueinandersetzungen. Wir müssen das gemeinsam stoppen, sonst wird es für alle
676 schlechter.

677
678 Die Regierung im Land setzt in der Landesverwaltung weiterhin auf befristete Beschäftigung
679 auch ohne Sachgrund - der Anteil der sachgrundlosen Befristungen ist erneut gestiegen. Dabei
680 muss das Land Vorbild in Sachen Einstellungspraxis sein. Wir treten nachdrücklich für ein
681 Verbot sachgrundloser Befristungen und Kettenbefristungen in der Landesverwaltung ein.

682
683 Wir wollen das „Fairer-Lohn-Gesetz“ in der neuen Legislaturperiode einer Revision unterziehen.
684 Der Schwellenwert von 25.000 Euro ist zu hoch angesetzt und verhindert eine durchgreifende
685 Wirksamkeit des Gesetzes. Andere Bundesländer haben Schwellenwerte von 10.000 Euro. Wir
686 wollen den Schwellenwert abschaffen, denn „Gute Arbeit“ kennt keinen Schwellenwert.

687 Die Wahl von Betriebsräten in den Bereichen des Tourismus muss stärker unterstützt werden,
688 insbesondere in Hotellerie und Gaststättengewerbe. Mit landesweit aktuell zwei
689 Betriebsratsgremien ist das Saarland bei der Mitbestimmung bundesweites Schlusslicht in
690 diesem Wirtschaftsbereich. Wir setzen uns für eine landesweite Kampagne zur Wahl von
691 Betriebsräten in allen Wirtschaftsbereichen ein, denn dies sichert aus unserer Sicht
692 Arbeitsplätze und stärkt den Wirtschafts- und Innovationsstandort Saarland.

693 Wir wollen, dass die verkaufsoffenen Sonntage abgeschafft werden. Hierzu werden wir den
694 Schulterschluss mit den Gewerkschaften und Kirchen im Saarland vornehmen. Wirtschaftlich
695 betrachtet werden die Umsätze nur von den Wochentagen auf die Sonntage verschoben und
696 dies zu Lasten der Beschäftigten und ihren Familien.

697 Ein branchenunabhängiges Mindest-Kurzarbeitergeld von 1200 Euro muss kommen – als
698 Ergänzung zu bestehenden Leistungen und Regelungen auf der Berechnungsbasis des
699 gesetzlichen Mindestlohns. Diese Nothilfe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist als
700 zusätzliches Kriseninstrument erforderlich und zeitlich anzulehnen an die verlängerte
701 Sonderregelung für das Kurzarbeitergeld. Insbesondere im saarländischen Gastgewerbe, wo
702 tausende Beschäftigte die Branche verlassen haben, wäre dies ein wichtiges Instrument mit
703 Blick auf mehr Planungssicherheit für Betriebe und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

704 Die beste Grundlage für betriebliche Innovation ist gute Arbeit. Wir wollen Innovationspolitik mit
705 der Förderung von guter Arbeit verbinden und damit eine Brücke zu den
706 Gewerkschaftskonzepten „Gute Arbeit“ und „Besser statt billiger“ schlagen.

707 Eigentum entsteht durch Arbeit, nicht durch Erbschaft oder Spekulation. Die
708 Belegschaftsbeteiligung ist daher ein wichtiger Schritt für mehr Mitbestimmung und Demokratie
709 in den Unternehmen. Wenn die Belegschaft selbst Beiträge erbracht hat und/oder Steuergelder
710 zur Rettung von Unternehmen eingesetzt werden, soll die Belegschaft das Recht auf Anteile
711 erhalten. Deshalb treten wir nach wie vor für die Demokratisierung der Wirtschaft ein. Zur
712 Wirtschaftsdemokratie gehört auch das Wissen über die vielfältigen
713 Mitbestimmungsmöglichkeiten - dieses muss sich in den Lehrplänen zumindest an
714 berufsbildenden Schulen wiederfinden.

715 Grenzschießungen wie zu Beginn der Pandemie dürfen sich nicht wiederholen.
716 Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind, ebenso wie Grenzregionen, ein wichtiger Bestandteil
717 der europäischen Einigung. Sie sind mehr als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da sie den
718 Austausch und die Begegnung zwischen den Nationen fördern. Weder das deutsche noch das
719 französische Recht und auch nicht das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen beiden

720 Staaten haben die besondere Situation der Grenzgängerinnen und Grenzgänger bisher
721 ausreichend berücksichtigt. Diese erfahren durch die unterschiedlichen Steuer- und
722 Sozialsysteme in Deutschland und Frankreich eine faktische Doppelbelastung. Es bestehen
723 Ungerechtigkeiten beim Bezug von Kurzarbeitergeld. Hier muss - wie im saarländischen
724 Landtag im Juni 2021 beschlossen - Abhilfe geschaffen werden, um diese Diskriminierung zu
725 beenden.

726 **Wir wollen**

727

- 728 • unbefristete Arbeitsverträge von Anfang an: sachgrundlose Befristungen wollen wir
729 streichen – auch in der Landesverwaltung.
- 730 • kein Lohndumping mit Leiharbeit: wir wollen Leiharbeit abschaffen und durch feste
731 Arbeitsplätze ersetzen. Die Höchstüberlassungsdauer muss sich auf den Arbeitsplatz
732 beziehen, um die Ersetzung von Stammbeschäftigten zu verhindern.
- 733 • Werkverträge nicht als Billigarbeit: Betriebsräte müssen bei Ausgliederungen
734 mitbestimmen können und Tarifverträge auch beim Subunternehmen fortgelten.
- 735 • Mitbestimmung erweitern: auch in wirtschaftlichen Fragen brauchen Betriebs- und
736 Personalräte ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht. Arbeitsorganisation,
737 Personalbemessung, Weiterbildung und Investitionen können nicht allein Sache des
738 Managements bleiben. Die Behinderung von Betriebsratswahlen und Betriebsratsarbeit
739 muss wirksam verfolgt werden.
- 740 • Weiterbildung gerecht finanzieren: durch ein Recht auf Weiterbildungsfreistellung und
741 Entgeltfortzahlung können alle in der Transformation der Arbeitswelt mitgenommen
742 werden. Unternehmen müssen in einen gemeinsamen Fonds einzahlen, aus dem das
743 Weiterbildungsgeld finanziert wird.
- 744 • das branchenunabhängige Mindestkurzarbeitergeld als zusätzliche Nothilfe einführen.
- 745 • den Schwellenwert im „Fairer-Lohn-Gesetz“ reduzieren bis abschaffen: nur so greift das
746 Gesetz.
- 747 • eine landesweite Kampagne zur Wahl von Betriebsräten in allen Wirtschaftsbereichen
748 zur Unterstützung von Mitbestimmung und Sicherung von Arbeitsplätzen.
- 749 • die verkaufsoffenen Sonntage im Saarland abschaffen, weil dadurch die Beschäftigten
750 mit Blick auf Lohn und Freizeit zu stark belastet sind.
- 751 • nach wie vor für eine Demokratisierung der Wirtschaft eintreten – die
752 Belegschaftsbeteiligung ist ein wichtiger Schritt für mehr Mitbestimmung und
753 Demokratie in den Unternehmen.
- 754 • die Diskriminierung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern im Hinblick auf
755 Doppelbelastungen beseitigen.

756

757 Wir unterstützen die Einrichtung eines dauerhaft finanzierten öffentlichen Arbeitsmarktes, den
758 sogenannten dritten Arbeitsmarkt. Wir greifen damit die Initiativen des Saarland-Sozialgipfels
759 auf und unterstützen das Bemühen, von der Wirtschaft dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt
760 ausgegrenzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine neue, vor allem dauerhafte
761 Perspektive zu bieten. In Zusammenarbeit mit Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie
762 gemeinnützigen Organisationen sollen für unbegrenzte Zeit öffentlich geförderte,
763 existenzsichernde und tariflich bezahlte Arbeitsplätze entstehen, die mit ihren Diensten und
764 Angeboten eine Ergänzung zu öffentlichen Aufgaben bzw. deren Erweiterung darstellen. Das
765 heißt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden unbefristet beschäftigt in Maßnahmen,
766 die am Gemeinwohl orientiert sind und in Maßnahmen, die auf Dauer und nicht für wenige
767 Jahre finanziert sind.

768 Wir möchten, dass die zukünftige Landesregierung sich für ein Modellprojekt „Dauerhaft
769 geförderter öffentlicher Arbeitsmarkt“ gegenüber dem Bund und der Bundesanstalt für Arbeit
770 einsetzt und das Saarland als Modellregion ausweist. Der „Dauerhaft geförderte öffentlicher
771 Arbeitsmarkt“ wird vom Bund / der Bundesanstalt für Arbeit finanziert und vom Saarland
772 unterstützt.

773 **Wir wollen**

- 774
- 775 • einen dauerhaft finanzierten öffentlichen Arbeitsmarkt, in dem existenzsichernde,
776 dauerhafte, am Gemeinwohl orientierte und tariflich bezahlte Arbeitsplätze entstehen,
- 777 • uns beim Bund und bei der Bundesanstalt für Arbeit einsetzen für ein Modellprojekt im
778 Saarland „Dauerhaft geförderter öffentlicher Arbeitsmarkt“.
- 779

780 **Berufliche Selbstständigkeit absichern**

781

782 Selbstständige und Solo-Selbstständige müssen sozial abgesichert sein. Eine „echte“ berufliche
783 Perspektive kann Selbstständigkeit jedoch nur bieten, wenn das erzielte Einkommen den
784 Lebensunterhalt sichert, und die sozialen Risiken Alter, Krankheit, Pflege und Invalidität
785 abgesichert sind.

786 **Wir wollen**

- 787
- 788
- 789 • eine Reform der Arbeitslosenversicherung für Selbstständige anstrengen.
- 790 • dass, perspektivisch alle Selbstständigen in die Zweige der Sozialversicherungssysteme
791 (Rente, Gesundheit und Pflege, Arbeitslosenversicherung) einbezogen werden.
- 792 • den gleichberechtigten Zugang für Selbstständige zu den Leistungen der jeweiligen
793 Systeme. Die Beitragszahlungen sollen sich dabei an den tatsächlichen Einkommen
794 orientieren. Eine finanzielle Überforderung durch die Beiträge müssen vermieden
795 werden.
- 796

797 **Wirtschaft – Transformation nur mit den Beschäftigten und nicht gegen sie**

798 Unser Saarland ist wirtschaftlich geprägt von einer breit aufgestellten Industrie- und
799 Dienstleistungsbranche. Während der traditionsreiche Steinkohlenbergbau 2012 eingestellt
800 werden musste, kämpfen die Hütten- und Stahlstandorte sowie die Automobil- und
801 Zuliefererindustrie ums Überleben. Die Automobil- und Automobilzuliefererindustrie steht mit
802 der Umstellung auf alternative Antriebstechnologien und der Digitalisierung der Arbeitswelt vor
803 tiefgreifenden Veränderungen.

804 Leider sind die Antworten vieler Unternehmen auf den Strukturwandel - den
805 Transformationsprozess - und die Corona-Pandemie immer noch Standortschließungen und
806 betriebsbedingte Kündigungen. Dabei ist genau das verantwortungslos: nämlich in Krisenzeiten
807 Konsequenzen zu Lasten der Beschäftigten zu ziehen. Zig-Tausende Arbeitsplätze sind hier bei
808 uns mit der Automobilindustrie verbunden. Dahinter stehen zig-Tausende mit ihren Familien, die
809 direkt von den politischen Entscheidungen rund um das Thema Strukturwandel betroffen sind,
810 und deren Existenz davon abhängt, was die Politik entscheidet. Daher braucht es neue
811 Instrumente - dazu muss man sich politisch klar bekennen.

812

813 Die Transformation muss im Sinne von Mitarbeiterschaft und Unternehmen umgesetzt werden:
814 der Dialog spielt dabei eine gewichtige Rolle ebenso wie in die Zukunft gerichtete Strategien

815 und Innovationen sowie Qualifizierung und ein klares Bekenntnis zur Tarifbindung.
816 Industriearbeitsplätze konnten damit erhalten werden und das ist der richtige Weg.

817
818 Es geht aber auch um Instrumente auf der überbetrieblichen Ebene, um den
819 Transformationsprozess bewältigen und Antworten auf eine rigorose kapitalistische
820 Wirtschaftsordnung geben zu können. Deshalb müssen Industrie- oder Wirtschaftsdialoge auf
821 regionaler Ebene mit den Handelnden vor Ort möglich werden: mit der Politik vor Ort, mit
822 Betriebsräten und Gewerkschaften, mit den Arbeitgeberverbänden und den Kammern etc. Es
823 geht um sozialen Frieden und Demokratie im Betrieb und um den Austausch auf Augenhöhe,
824 wie der Wandel gelingen kann.

825
826 Die Zukunft der Automobil- und Zuliefererindustrie, auch am zweitgrößten saarländischen
827 Wirtschaftsstandort in Homburg, braucht diese Wege und Lösungen. Die Beschäftigten haben
828 mit ihrer Zuverlässigkeit, ihrer Arbeitsmoral und ihren Fertigkeiten wesentlich zum Erfolg der
829 Unternehmen beigetragen und sind jetzt die Leidtragenden der Strukturkrise. Der Wandel in der
830 Automobilbranche ist längst im Gange und nicht mehr aufzuhalten – er gelingt aber nur, wenn
831 die Beschäftigten eingebunden und mitgenommen werden. Die Unternehmen sind in der Pflicht,
832 für Transparenz bei der Neuausrichtung zu sorgen. Wir brauchen unsere Industrie auch
833 weiterhin mit neuen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen – fair bezahlt und zu
834 guten Bedingungen. Wir brauchen alternative Arbeitsplätze in neuen, zukunftsorientierten
835 Produktionsbereichen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir LINKE weiter für den
836 Erhalt und den Ausbau der Industriearbeitsplätze kämpfen. Dafür waren wir mit vielen
837 Beschäftigten vor den Werkstoren auf der Straße.

838
839 Zehntausende Arbeitsplätze, größtenteils tarifgebunden und mitbestimmt, sind jedenfalls
840 gefährdet. Wir unterstützen daher alle Maßnahmen im laufenden Transformationsprozess, um
841 diese Standorte und die Arbeitsplätze zu halten. Sie bilden das Rückgrat des
842 Wirtschaftsstandortes Saar.

843 **Wir wollen**

- 844
- 845
- 846 • dass die Dillinger Hütte und Saarstahl weiterhin Unterstützung bei den Energiekosten
- 847 erhalten und die Umstellung auf „grünen Wasserstoff“ zu 100 Prozent gefördert wird.
- 848 • dass die Ford-Produktionsstandorte Saarlouis und Valencia nicht gegeneinander
- 849 ausgespielt werden, sondern beide zukunftsfähig und vollständig erhalten bleiben.
- 850 • dass der geplante Stellenabbau am zweitgrößten Wirtschaftsstandort Homburg mit
- 851 Bosch, Schaeffler, Thyssen-Krupp Gerlach u. a. gestoppt wird.
- 852 • dass neue, nachhaltige und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden –
- 853 fair bezahlt, zu guten Bedingungen und mit öffentlichen Investitionen.
- 854 • dass seitens des Landes mehr Aktivitäten, neue Industrieprojekte und neue Produkte
- 855 den Beschäftigten Sicherheit bieten.
- 856 • dass ein energiesicherer Präsenz des Landes in den Unternehmenszentralen gezeigt
- 857 wird.
- 858 • dass auch in Zukunft Fahrzeuge und Stahlprodukte im Saarland produziert werden
- 859 können.
- 860 • dass ein Programm aufgelegt wird, mit dem brachliegende Industrieimmobilien
- 861 reaktiviert oder renaturiert werden.
- 862

863 In den letzten Jahren wurden zweifelsfrei auch Fortschritte bei der Ansiedlung neuer
864 Unternehmen gemacht. Im Vergleich zu vielen anderen Regionen im Bund ist unser Saarland

865 aber noch lange nicht so aufgestellt, wie es notwendig wäre. Noch immer wandern jedes Jahr
866 mehr – vor allem junge Menschen – ab, als dass sich Menschen dazu entschließen, bei uns im
867 Saarland ihren neuen Lebensmittelpunkt zu finden. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Fakt ist
868 aber, dass es zu wenig tariflich bezahlte, unbefristete und interessante Arbeitsplätze gibt.
869

870 **Wir wollen**

- 871
- 872 • die Schaffung einer landesweiten Industrieentwicklungsgesellschaft, bei der das Land
873 und die Kommunen zusammen agieren.
- 874 • eine Professionalisierung der touristischen Vermarktung in Zusammenarbeit mit dem
875 angrenzenden Frankreich, mit Luxemburg und Rheinland-Pfalz.
- 876 • eine konsequente Förderung des Einzelhandels in den Innenstädten und Ortskernen der
877 Kommunen.
- 878 • Die Einrichtung eines Rettungsfonds für Unternehmen, die unverschuldet in
879 wirtschaftliche Schieflage mit der Konsequenz, dass deren Mitarbeiterinnen und
880 Mitarbeiter dann an diesen Unternehmen beteiligt werden.
- 881 • Die spezielle Förderung von genossenschaftlichen Eigentums- und Produktionsformen
882 durch Beratung und strukturelle Unterstützung in der Gründungsphase einer
883 Genossenschaft.
- 884 • Den Erhalt und den Ausbau des regionalen Finanzsektors auf der Ebene der
885 kommunalen Sparkassen, der Landesbank und der genossenschaftlichen Banken.

886 Auch wenn das Geld in der Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Das wichtigste Kapital sind die
887 Menschen. Motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind durch nichts
888 bezahlbar. Aber auch die Sichtweise der Kundinnen und Kunden muss stärker in den Fokus
889 genommen werden. Die Förderung regionaler Produkte darf nicht nur eine Floskel sein. Sie
890 muss viel stärker durch das Land gefördert werden.
891

892 **Leitinvestitionen – Rückstand aufholen**

893 Mit neuen Leitinvestitionen kann das Land zudem beginnen, den entstandenen Rückstand
894 gegenüber anderen Bundesländern aufzuholen. Wir wollen damit auch bessere
895 Lebensbedingungen und neue Arbeitsplätze für die Menschen im Saarland schaffen.

896 **Industriefonds Medizintechnik Saar (IMeS)**

897 Nach wie vor bietet sich die Medizintechnik als Schwerpunkt an, wenn mit gezielten In-
898 vestitionen Spitzenplätze in ausgewählten Bereichen erlangt werden sollen, wie es in den 90er
899 Jahren bereits mit der Informatik geschehen ist. Das Saarland braucht Brückenköpfe in die
900 industrielle Zukunft, die geprägt sein wird von der Transformation ganzer Industriezweige, von
901 Digitalisierung und der Veränderung der Arbeitswelten. Ein solcher Brückenkopf wäre der
902 Ausbau der Medizintechnik, also der Fusion aus technologischem und medizinischem Wissen.
903 Die Branche gehört derzeit zu den innovativsten Branchen überhaupt: sie wächst rasant und
904 kontinuierlich und umfasst bereits rund 150.000 Menschen, die meist in mittelständischen
905 Unternehmen arbeiten, insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung.
906

907 Ein Industriefonds könnte den Ausbau dieser Branche vorantreiben, deren wachsende
908 Bedeutung durch die Pandemie ins Bewusstsein gerückt ist. Aber auch die Alterung der
909 Bevölkerung, Trends wie der Wunsch nach einem gesunden Lebensstil, der technisch-
910 medizinische Fortschritt sowie die Digitalisierung und damit verbundene neue Möglichkeiten in
911 der Medizin sind ein Motor für die Entwicklung im Bereich Medizintechnik.

912
913
914
915
916
917
918
919
920
921
922
923
924
925
926
927
928
929
930
931
932
933
934
935
936
937

938

939
940
941
942
943
944
945
946
947
948
949
950
951
952
953
954
955
956
957
958
959

Unter den Bundesländern findet ein Wettbewerb statt, in dem Bayern und Baden-Württemberg derzeit an der Spitze stehen, bereits danach folgt das saarländische Referenzland Schleswig-Holstein. Im Saarland gibt es entsprechende Anknüpfungspunkte: Rund 2.300 Beschäftigte arbeiten mit Blick auf Medizintechnik in 10 Unternehmen im Land. Das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung auf dem Uni-Campus hat weitere Fördermittel aus den USA für die Antibiotika-Forschung erhalten wird, nachdem bereits vom Bund eine Förderzusage für einen Erweiterungsbau in Höhe von 47 Millionen Euro kam. Auch das Fraunhofer-Institut forscht schon lange an der Medizin der Zukunft in den Bereichen Medizinische Biotechnologie, Ultraschall und Biomedizintechnik.

Ein Industriefonds kann also an vorhandenes Know-How anknüpfen, die beschriebenen Entwicklungen aufnehmen und mit Unternehmen, Forschungsinstituten und Hochschulen ein leistungsfähiges Netzwerk bilden. Erste Projekte könnten der Bau eines Anwendungszentrums, die Entwicklung und Forschung (Beatmungsgeräte, neue PCR-Tests), aber auch Modellprojekte zur Wohnraummodernisierung für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen durch altersgerechte Assistenzsysteme und spezifische telemedizinische Funktionen sein.

Hierzu braucht es administrative Strukturen, einen leistungsfähigen Technologietransfer, die Förderung von Ideen zur Umsetzung von Forschung und Entwicklung und die Unterstützung von Unternehmen. Eine Anschubfinanzierung wäre durch die Bündelung von EU-, Bundes- und Landesmitteln und privaten Investitionen möglich.

Wir wollen den Fonds zunächst mit einem ein Betrag von 10 Millionen € jährlich ausstatten. Auf lange Sicht wird eine auf dem Rückfluss aus Einnahmen basierende Grundfinanzierung angestrebt.

Neue Mobilität - „On-Demand-Dienste im ländlichen Raum“ ausbauen

Das Saarland liegt bei der Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs insgesamt im Ländervergleich erheblich zurück. Gerade Saarländerinnen und Saarländer, die in Dörfern und kleineren Gemeinden leben, sind – was Verbindungen und Taktung angeht – regelrecht abgehängt. Eine Chance für den ländlichen Raum, wo heute kaum ein Bus oder eine Bahn fährt, bietet die Digitalisierung, etwa mit „On-Demand“-Kleinbussen ohne starren Linienweg und Fahrplan, die per Smartphone bestellt werden können und deren Route nach den Kundenwünschen geplant wird. Nach dem Vorbild anderer Städte in Deutschland hat Saarbrücken mit dem Partner Saarbahn den On-Demand-Verkehr für die Landeshauptstadt beantragt. Dieser Weg muss auch für die Kommunen im ländlichen Raum ausgebaut werden. Die digitale Bündelung von Fahrplanfragen bzw. Fahrten in ähnliche Richtungen ist gerade in ländlichen Regionen vielversprechend, weil sie die Abläufe auf oftmals längeren Strecken mit weniger Fahrgästen optimiert. Vor allem Seniorinnen und Senioren, Kindern und Menschen mit eingeschränkter Mobilität können On-Demand-Dienste ermöglichen, auf dem Land flexibler als bisher unterwegs zu sein. Ein Halt vor der Haustür muss dazu möglich sein. Im Saarland hat die Enquete-Kommission zur Digitalisierung bereits einstimmig ein Pilotprojekt zum Einsatz von On-Demand-Mobilitätsdiensten zur Verbesserung der Anbindung im ländlichen Raum vorgeschlagen. Um den On-Demand-Verkehr auf dem Land ausbauen zu können, sind zeitnah die entsprechenden Förderanträge zu stellen. Wir schlagen vor, in einem ersten Schritt 5 Millionen Euro bereitzustellen, die sich auf die ersten beiden Jahre mit je 2,5 Millionen € verteilen.

960 5. Digitalisierung – digital geht auch sozial - *verlässlich* schnell umsetzen

961 Die Digitalisierung kann Chance sein für ein selbstbestimmtes Arbeiten und Leben, für neue
962 Formen der Demokratie, die Alltag, Arbeit und Wirtschaft einschließen – birgt aber auch
963 entsprechende Risiken. Digitalisierung wird daher nur gelingen, wenn sie mit den Beschäftigten
964 und ihren Vertretungen sowie der Zivilgesellschaft und ihren Akteuren gestaltet wird. Im
965 gemeinsamen Dialog muss demokratisch und transparent informiert, partizipiert und diskutiert
966 werden können. Rheinland-Pfalz geht diesen Weg mit der Online-Plattform „Digital-Dialog“, von
967 dessen Erfahrungen auch das Saarland profitieren könnte.

968 Digitalisierung muss für alle in der Breite funktionieren – denn die Herausforderungen sind mit
969 Blick auf Verlust von Kompetenzen, Überwachung und Leistungsdruck für die Beschäftigten in
970 der Arbeitswelt groß. Die Sozialpartner müssen daher bis zur lokalen Ebene mit einbezogen
971 werden, damit Akzeptanz und Umsetzung gelingen. Digitalisierung muss die Lebensqualität der
972 Menschen steigern und zu besseren Arbeitsbedingungen beitragen – nachhaltig, sozial gerecht
973 und arbeitnehmerorientiert eingesetzt.

974
975 Es gilt vor allem, die digitale Infrastruktur für alle auszubauen. Die profitorientierten
976 Mobilfunkbetreiber haben kein Interesse an einem flächendeckenden Netzausbau. Im Saarland
977 leben zahlreiche Menschen immer noch in den ländlichen Regionen mit schlechtem Internet.
978 Der Netzausbau muss aber mit zuverlässiger Versorgung und am Gemeinwohl orientiert
979 erfolgen. Internet muss zur Grundversorgung gehören. Telefonanschluss und Internet dürfen
980 wie Strom und Wasser nicht abgestellt werden – auch nicht bei Zahlungsrückstand.

981 Die Pandemie hat auch hier schonungslos aufgezeigt, wie wichtig digitale Technologien sind.
982 Menschen bleiben in Kontakt, sie arbeiten zu Hause, organisieren Hilfen, verkaufen ihre
983 Produkte online, verwalten behördliche Vorgänge oder entwickeln neue Geschäftsmodelle. Die
984 Corona-Krise deckt im Saarland aber auch mit Deutlichkeit auf, wo es Lücken im digitalen Netz
985 gibt - viele Schülerinnen und Schüler im ländlichen Bereich, die am online-Unterricht teilnehmen
986 wollen, haben immer noch viel zu oft mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

987 Die Anwendungen werden immer komplexer und die Datenmengen Jahr für Jahr größer. Doch
988 alles hat eine Grundvoraussetzung: Eine gute Internetleitung. Darauf warten viele Menschen in
989 den Dörfern im Land bislang vergebens, mit allen damit verbundenen Nachteilen.

990 Ob an Hochschulen, an Schulen, in der Wirtschaft oder in Behörden - nie zuvor wäre es
991 wichtiger gewesen, überall eine funktionierende digitale Infrastruktur zu haben. Wer digital gut
992 aufgestellt ist, kommt sicherer durch die Krise. Wir hoffen, dass an einigen Stellen die Einsicht
993 bleibt, schnell mehr tun zu müssen, um digital stark aufgestellt zu sein. Ein Beispiel: es ist
994 tragisch genug, wenn nun viele Menschen ALG II, Wohngeld oder die Wirtschaftshilfen
995 beantragen müssen. Umso wichtiger ist eine schnelle und unbürokratische Antragstellung -
996 online natürlich.

997 Für uns sind die Bereiche Bildung, Arbeit und Wirtschaft sowie die Digitalisierung der
998 Verwaltung die Schwerpunkte der kommenden Jahre.

999 **Wir wollen**

- 1000 • Digitalisierung mitbestimmt und im Sinne Guter Arbeit umsetzen.

- 1001 • den Zugang zur digitalen Infrastruktur, zu einer entsprechenden Breitbandversorgung
1002 (Glasfasernetz) für alle Bürgerinnen und Bürger, damit Versorgungslücken geschlossen
1003 werden.
1004 • landeseigene Funkmaste, die an private Telekommunikationsanbieter vermietet werden
1005 können in den Bereichen, bei denen ein wirtschaftlicher Ausbau für privatwirtschaftliche
1006 Unternehmen nicht rentabel erscheint.
1007 • einen Ausbau von E-Government, d.h. viele Dienstleistungen der Verwaltungen auf
1008 kommunaler und landesweiter Ebene sollen auch digital angeboten werden -
1009 Behördengänge sollen digital werden.
1010 • Bürgerbegehren, Volksinitiativen oder Volksbegehren auch digital ermöglichen - das
1011 stärkt die Demokratie.
1012 • die Arbeitsplätze für IT-Fachkräfte im öffentlichen Dienst attraktiv gestalten, damit sie
1013 wettbewerbsfähig sind.
1014 • die Schaffung nicht kommerzieller und sicherer WLAN-Netzwerke unterstützen.
1015 • in öffentlichen Gebäuden des Landes und der Kommunen freie WLAN-Netzwerke als
1016 Daseinsvorsorge einer digitalen Infrastruktur anbieten.
1017 • touristische Hochburgen wie in Museen oder sehr belebte Plätze landesweit mit WLAN-
1018 Hotspots ausstatten.
1019 • die Schaffung eines Landesamtes für Digitales prüfen.
1020 • Open Source als weltweite soziale Bewegung und Open Access als freier und
1021 kostenloser Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen weltweit.

1022 Der Landtag des Saarlandes hat mit der Einrichtung der Enquete-Kommission „Digitalisierung
1023 im Saarland - Bestandsaufnahme, Chancen, Maßnahmen“ einen Schritt in die richtige Richtung
1024 unternommen. Dies anerkennen wir.

1025 **6. Bessere Pflege und gute Krankenhausversorgung – *verlässlich* unterstützen**

1026 Immer mehr Krankenhäuser werden geschlossen. Im Saarland jüngst die Kliniken in
1027 Ottweiler, Dillingen, Wadern und Losheim – Dudweiler und Neunkirchen stehen auf dem
1028 Prüfstand. Dafür bekommen die Träger auch noch Mittel aus dem Programm zur
1029 Schließungsförderung des Krankenhausstrukturfonds. Und die Großen sind dennoch oft
1030 defizitär. Mit öffentlichen Mitteln für deren Investitionen vermehrt die öffentliche Hand deren
1031 Vermögen, ohne sich im Gegenzug die entscheidenden Steuerungsmöglichkeiten für eine
1032 gemeinwohlorientierte Ausrichtung des Gesamtsystems zu sichern.

1033 Die Einführung der Fallpauschalen und die Privatisierung von vormals öffentlichen
1034 Krankenhäusern war ein Irrweg. Kleine, dezentrale Kliniken und wenige zentrale
1035 Fachkrankenhäuser sind die Zukunft. Weichenstellungen dafür kann das Land durch den
1036 Krankenhausplan und durch Bundesratsinitiativen einleiten. Das muss endlich geschehen. Wer
1037 die nötigen Investitionen in das System weitgehend bezahlt, soll auch das Sagen haben.

1038 Die Beschäftigten in unseren Kliniken im Saarland leisten gerade in der Pandemie schwerste
1039 Arbeit und tragen höchste Verantwortung. Sie haben mehr verdient als warme Worte,
1040 Klatschen und einen Pflegebonus, der noch nicht einmal an alle gezahlt werden wird. Deshalb
1041 werden wir uns für dauerhaft höhere Löhne für die Beschäftigten im Gesundheitswesen
1042 einsetzen – das ist kein Luxus, sondern dringende Notwendigkeit. Den Pflegekräften geht es
1043 darüber hinaus jedoch vielmehr um Wertschätzung, die sie nicht haben und um
1044 Arbeitsbedingungen, die sie erdrücken. Es herrscht permanente Personalnot. Und es gibt seit
1045 Jahren keine politische Entscheidung, damit die Arbeit in der Pflege leichter wird.

1046 **Wir wollen**

- 1047 • dass kein Krankenhaus mehr schließen darf. Insolvente und akut von Insolvenz bedrohte
1048 Kliniken sollen vom Land aufgefangen, ihr Weiterbetrieb öffentlich abgesichert und
1049 notwendige Investitionen bezahlt werden. Die Schließungsförderung über den
1050 Krankenhausstrukturfonds soll sofort gestoppt werden.
- 1051 • dass das Krankenhauspersonal erheblich aufgestockt wird und seine Bezahlung und die
1052 Arbeitsbedingungen verbessert werden, um Überlastung zu verhindern und
1053 Abwanderung zu reduzieren.
- 1054 • dass die gesetzlich vorgeschriebene leistungsbezogene Planung, Verhandlung und
1055 Abrechnung von Fallpauschalen (DRG-System) durch ein kostendeckendes
1056 Abrechnungssystem ersetzt wird. Klinisch notwendige Behandlungen entziehen sich
1057 jeder Planung.
- 1058 • dass die Krankenhäuser in den Zentren und auf dem Land mit ausreichenden
1059 Intensivstationen, Isolierstationen, Beatmungseinheiten und Schutzkleidung ausgestattet
1060 werden, so dass sie vorbereitet sind für neue Belastungsspitzen.
- 1061 • dass die Betten- und Personalausstattung der Krankenhäuser unter Einbezug von
1062 Jahresspitzen, Katastrophen und Pandemien geplant werden - anstelle der bisherigen
1063 Auslegung nach jahresdurchschnittlicher Auslastung.
- 1064 • dass in den derzeit unterversorgten Regionen die Zahl der Betten, Notaufnahmen,
1065 Geburtsstationen etc. durch Förderung der öffentlichen Kliniken auf das notwendige Maß
1066 angehoben werden.
- 1067 • die Ausbildung im Gesundheits- und Krankenpflegebereich attraktiver machen, damit
1068 sich wieder mehr Menschen für diesen Beruf mit hoher Verantwortung entscheiden.

1069
1070 Im Saarland sind bis auf eine Ausnahme fast ausschließlich öffentliche oder kirchliche Träger
1071 auf dem „Krankenhausmarkt“. In einer Einrichtung, die zu weit über 95 Prozent von öffentlichen
1072 Zuschüssen und Versicherungsbeiträgen finanziert wird, muss arbeitsrechtliches Kirchenrecht
1073 hinterfragt werden.

1074
1075 **Wir wollen**

- 1076
1077 • gleiche Arbeits- und Mitbestimmungsbedingungen zwischen den Kliniken.

1078
1079 **Pflege darf nicht Armut bedeuten - bessere Bedingungen in Altenpflege, ambulanter und**
1080 **häuslicher Pflege**

1081
1082 Etwa 68.000 Saarländerinnen und Saarländer sind pflegebedürftig, im Jahr 2030 werden es
1083 bereits rund 77.000 sein. Knapp 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause
1084 gepflegt, nicht selten unter schwierigsten Bedingungen. Für 42.000 Pflegebedürftige stehen nur
1085 1.000 Tagespflegeplätze zur Verfügung.

1086
1087 Derzeit arbeiten 3.900 Pflegerinnen und Pfleger in der ambulanten Pflege, bereits im Jahr 2030
1088 werden 300 mehr gebraucht. In der ambulanten Pflege arbeiten 7600 Pflegekräfte im
1089 stationären Bereich und in acht Jahren werden geschätzt 8.500 benötigt. Doch schon heute
1090 mangelt es an Pflegekräften, wie viele tatsächlich fehlen, weiß niemand so genau.

1091
1092 Die Langzeitpflege im Saarland ist teuer. Die von den Pflegebedürftigen aufzubringenden
1093 Eigenanteile liegen mit mehr als 2.500 Euro pro Monat in der Bundesspitze.

1094

1095 Der Personalmangel muss beseitigt und das Arbeitsumfeld in Pflegeheimen und der
1096 ambulanten Versorgung dringend verbessert werden. Wir setzen uns für eine verbindliche, aus
1097 dem medizinischen Bedarf abgeleitete Personalbemessung ein. Seit langem werden bessere
1098 Arbeitsbedingungen in der Pflege versprochen – passiert ist nichts.
1099

1100 Die Pflege darf keine Frage der persönlichen Brieftasche, sondern muss für alle bezahlbar sein.
1101 Darum setzen wir uns auch auf Bundesebene für eine solidarische Bürgerversicherung für
1102 Gesundheit und Pflege ein, in die alle Menschen entsprechend ihrem Einkommen (Erwerbs-,
1103 Kapital- und andere Einkommen) einzahlen und die im Bedarfsfall alle medizinischen und
1104 pflegerischen Leistungen übernimmt.
1105

1106 Die meisten Menschen wollen so lange wie möglich in ihrem eigenen Zuhause wohnen bleiben
1107 – in ihrer vertrauten Umgebung. Wir sollten umdenken lernen: Vom Pflegestandort Heim zum
1108 Pflegestandort eigener Haushalt.

1109 **Wir wollen:**

- 1110 • die Qualitätsstandards der Pflegeheime im Saarland transparent machen, abrufbar für
1111 Angehörige – wie in anderen Bundesländern.
- 1112 • auf Bundesebene eine spürbare Erhöhung des Leistungsniveaus der Pflegeversicherung
1113 erreichen.
- 1114 • dass alle Menschen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre
1115 oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen.
- 1116 • einen Ausbau des bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums.
- 1117 • eine bessere finanzielle Ausstattung der Förderprogramme zum barrierefreien
1118 altersgerechten Umbau der eigenen Wohnungen.
- 1119 • präventive Hausbesuche zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit (Gemeindeschwester-
1120 Modell).
- 1121 • wohnortnahe Tagespflege für pflegebedürftige Menschen sicherstellen.
- 1122 • Zeiten der Pflege von Angehörigen deutlich besser absichern.
- 1123 • uns auf Bundesebene für eine Pflegezeit für pflegende Angehörige einsetzen.
- 1124 • dass als Eigenanteil Pflegebedürftige in Pflegeeinrichtungen nur die Kosten für
1125 Unterkunft und Verpflegung übernehmen müssen.
- 1126 • eine dringend notwendige Aufwertung der Pflegeberufe im Zuge der Erhöhung des
1127 Pflegeschlüssels, einer besseren Bezahlung, von mehr Urlaubstagen und unbefristeten
1128 Arbeitsverhältnissen - ebenso im Hinblick auf den Eintritt in ein früheres Rentenalter.

1129

1130 **7. Frauen in der Krise entlasten - Entgeltungleichheit beenden - Gewalt gegen Frauen**
1131 **konsequent bekämpfen - *verlässlich* die Ziele erreichen**
1132

1133 Die sozialen und ökonomischen Folgen der Coronakrise belasten Frauen im Besonderen – sie
1134 sind stärker von Einkommensverlusten im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung, als Solo-
1135 Selbstständige oder durch Kurzarbeit ohne arbeitgeberseitige Aufstockung betroffen. Eben
1136 diejenigen, die bereits bisher jeden Euro zweimal umdrehen mussten. Während Frauen schon
1137 vor der Pandemie den größten Anteil von Kinderbetreuung und Hausarbeit übernahmen, kamen
1138 während der Schließung von öffentlichen Kitas und Schulen weitere Aufgaben hinzu. Doppelte
1139 Herausforderungen wie Homeoffice und Homeschooling sind vermehrt von Frauen zu
1140 bewältigen, die daher vielfach ihre Arbeitszeit deutlich reduzieren müssen. Weniger
1141 Erwerbsarbeit und mehr Kinderbetreuung führen zu einer neuen ungerechten Normalität im

1142 Alltag. Hinzu kommt, dass sogenannte typische Frauenberufe - Pflegerinnen, Erzieherinnen,
1143 Verkäuferinnen etc. - zwar systemrelevant, aber auch während der Pandemie schlecht bezahlt
1144 sind, obwohl sie Tätigkeiten mit hoher Verantwortung ausüben.
1145
1146 Erwerbstätige Frauen haben im Schnitt niedrigere Einkommen. Frauen erhalten auch seltener
1147 eine Aufstockung des Kurzarbeitsgeldes – wohl auch, weil sie seltener nach Tarifvertrag bezahlt
1148 werden. Die Rückkehr zu bisherigen Arbeitszeiten- und bedingungen wird für einen Teil der
1149 Frauen, die wegen Sorgearbeit im Lockdown reduzieren mussten, schwieriger. Es besteht die
1150 Gefahr, dass manche Arbeitgeber sagen: einmal reduziert, immer reduziert.
1151
1152 Für Frauen, die von häuslicher Gewalt bedroht sind, ist die Corona-Pandemie zur häuslichen
1153 Falle geworden. Gewalt im sozialen Nahbereich nimmt im Lockdown zu – die Folgen werden in
1154 der öffentlichen Diskussion viel zu oft verharmlost.
1155
1156 Ohne gezielte Strategien und eine wirksame Gleichstellungspolitik wird sich das ungerechte
1157 Gefälle weiter verschärfen und die Frauen Leidtragende und Verliererinnen der Krise sein.
1158 „Sofortmaßnahmen“ mit entsprechenden Regelungen sind daher notwendig.
1159

1160 **Wir wollen**

- 1161
- 1162 • das Grundgehalt in der Pflege dauerhaft erhöhen.
- 1163 • das Kurzarbeitsgeld angemessen anheben sowie ein branchenunabhängiges
1164 Mindestkurzarbeitsgeld einführen, das Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen vor
1165 Armut schützt.
- 1166 • einen armutsfesten Mindestlohn nicht unter 13 Euro die Stunde einführen.
- 1167 • die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Versicherung für alle Erwerbstätigen
1168 weiterentwickeln, in die alle einzahlen.
- 1169 • Anreize für eine gerechtere Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit schaffen sowie das
1170 berufliche Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ausbauen.
- 1171 • auf Bundes- und Landesebene Initiativen für eine Aufwertung der sozialen
1172 Dienstleistungsberufe starten: für bessere Arbeitsbedingungen und eine der
1173 Verantwortung entsprechende, gerechte Entlohnung.
- 1174 • gemeinsam mit Wirtschaftsförderungsgesellschaften, den Kammern und
1175 Gleichstellungsbeauftragten im Saarland Konzepte entwickeln, die dazu führen, dass
1176 Arbeitsbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen aus der
1177 Pandemie familienfreundlicher ausgestaltet werden.
- 1178 • neben der Ausweitung des Aktionsplans gegen häusliche Gewalt stärkere Maßnahmen
1179 zum Sofort-Schutz für Frauen während und nach der Pandemie anzustrengen, u. a. mit
1180 einer Aufstockung der Plätze in den saarländischen Frauenhäusern sowie der Schaffung
1181 von Frauenschutzwohnungen für betroffene Frauen und Kinder.
- 1182 • eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Frauen-
1183 Ministerium sichtbar und mit angemessener Personalisierung einrichten, gekoppelt mit
1184 einem Landesaktionsplan.
1185

1186 **8. Wohnen – verlässlich sozial bauen**

1187 Wohnen ist ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge, eine Grundvoraussetzung für ein
1188 würdevolles Leben.
1189

1190 Im Saarland sind zwischen 2005 und 2019 fast 90 Prozent der Sozialwohnungen
1191 verschwunden, die Zahl der geförderten Wohnungen mit Mietpreisbindung hat in diesem
1192 Zeitraum von 5000 auf 550 abgenommen. Jahrelang haben die saarländischen
1193 Landesregierungen keine einzige Sozialwohnung neu gebaut und vorhandene Gelder für die
1194 Schaffung bezahlbaren Wohnraums nicht abgerufen.

1195
1196 Gleichzeitig sind viele ältere Wohnungen aus der Mietpreisbindung gefallen sind. So standen im
1197 Jahr 2018 rund 3300 Familien auf den Wartelisten der Wohnungsbaugesellschaften, weil sie
1198 bezahlbaren Wohnraum suchen. Insbesondere in der Landeshauptstadt Saarbrücken ist die
1199 Lage angespannt. Hier muss ein besonders großer Anteil des Einkommens für Miete
1200 aufgebracht werden.

1201
1202 Es ist dringend notwendig, dass ausreichend bezahlbarer, alters- und behindertengerechter
1203 Wohnraum zur Verfügung steht.

1204
1205 Besonders aufgrund des demografischen Wandels sowie anhaltender wirtschaftlicher
1206 Veränderungen bleiben Städtebauförderung und Dorferneuerung auch weiterhin eine
1207 Daueraufgabe. Sie haben nicht nur attraktive Ortsbilder zum Ziel, sondern wirken
1208 identitätsstiftend, verbessern die Lebensqualität und ermöglichen ein vitales Stadt- und
1209 Dorfleben.

1210
1211 Statt den öffentlichen Wohnungsbau anzukurbeln, wurde auch immer wieder auf Hilfen für
1212 private Wohnungseigner gesetzt. Dass zahlreiche Wohnungen in Ottweiler zu einem Geflecht
1213 gehören, das saarländische Mietgewinne in Steueroasen in der Karibik verschiebt, ist ein
1214 Geschäftsmodell für Steuertrickser. Dem gehört ein Riegel vorgeschoben.

1215
1216 Wohnen ist ein Grundrecht. Niemand sollte ohne Obdach sein. Deshalb treten wir auch für ein
1217 Sofortprogramm gegen Obdachlosigkeit seitens des Landes ein.

1218
1219 **Wir wollen**

- 1220
- 1221 • einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, inklusive alters- und
 - 1222 behindertengerechter Wohnungen.
 - 1223 • ein Wohnraumfördergesetz Saar.
 - 1224 • eine Stärkung der Wohnbaugenossenschaften.
 - 1225 • ein Transparenzregister einführen, damit sich Mieter über die Eigentümer von
 - 1226 Immobilien-Gesellschaften informieren können.
 - 1227 • einen Ausbau der Studienplätze im Saarland für Bauingenieurwesen (Objektplanung,
 - 1228 Landschaftsplanung, Verkehrswegeplanung, Tragwerksplanung), Baumanagement und
 - 1229 Bauphysik.
 - 1230 • die Implementierung eines neuen Studienganges für Baujuristen.
 - 1231 • Ein Sofortprogramm gegen Obdachlosigkeit.
- 1232
1233
1234

1235 **9. Gerechte Verkehrswende und Mobilität – *verlässlich* bezahlbar machen**

1236 Um in Beruf und Alltag voranzukommen, ist eine ausreichende Mobilität auf allen Wegen eine
1237 wesentliche Grundbedingung. Während das mit dem Auto - abgesehen bei Staus und
1238 Baustellen - überall funktioniert, sieht die Verkehrswelt bei Bussen und Bahnen ganz anders
aus. Wer im ländlichen Raum, abends/nachts oder an Wochenenden/Feiertagen diese

1239 umweltfreundlichen Verkehrsmittel wählt, fühlt sich selten willkommen. Und das liegt
1240 ausdrücklich nicht am Personal.

1241

1242 **Wir wollen**

- 1243 • die konsequente Förderung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
1244 (ÖPNV).
- 1245 • die Einrichtung eines echten Verkehrsverbundes mit einer landesweiten
1246 Trägergesellschaft als Weiterentwicklung des Tarifverbundes SaarVV.
- 1247 • den ÖPNV im Saarland mittelfristig über einen Landesbetrieb für den öffentlichen
1248 Nahverkehr zu organisieren. Wenn 15 öffentliche und private Verkehrsunternehmen mit
1249 Bussen und Bahnen im Saarland unterwegs sind, ist ein kundenfreundlicher und abge-
1250 stimmter ÖPNV mit bezahlbaren Preisen, sinnvoll getakteten Fahrplänen und
1251 ordentlichen Arbeitsbedingungen für das ganze Land nicht möglich - zumal sich die im
1252 Verkehrsentwicklungsplan vorgesehenen Maßnahmen auf den verschiedensten Ebenen
1253 niederschlagen und umgesetzt werden sollen.
- 1254 • die Reaktivierung von Bahnstrecken, um geeignete ÖPNV-Angebote auch in der Fläche
1255 realisieren zu können - auch grenzüberschreitend nach Frankreich und Luxemburg.
- 1256 • die klare Zielsetzung der Landesregierung, dass bis 2026 alle Bahnhöfe und Haltepunkte
1257 vollständig barrierefrei sind. Die Betroffenen haben ein Anrecht darauf.

1258 Wir brauchen eine Verkehrswende, zu deren Ergebnis niemand für den täglichen Weg zur
1259 Arbeit sagen muss: „Ich bin doch auf das Auto angewiesen“. Konkret bedeutet das einen
1260 attraktiven und flächendeckenden ÖPNV. Verkehrspolitisches Ziel ist für uns ein kostenloser
1261 ÖPNV, wie ihn unser Nachbarland Luxemburg bereits eingeführt hat. Um dies zu erreichen,
1262 sind Zwischenschritte notwendig. Hierbei muss der Preisnachlass aber so umfangreich sein,
1263 dass es sich im Alltagsverkehr tatsächlich lohnt, sein Auto stehen zu lassen und auf Busse
1264 und Bahnen umzusteigen.

1265 **Wir wollen**

- 1266 • zur Steigerung der Attraktivität der Fahrpreise betreffend eine Monatskarte im
1267 Jahresabo:
1268 20 EUR pro Landkreis / bzw. Regionalverband
1269 30 EUR für zwei Landkreise / bzw. Regionalverband
1270 40 EUR für eine landesweite Monatskarte im Jahresabo.
- 1271
- 1272 • einen landesweit kostenfreien ÖPNV für alle Menschen ohne Einkommen oder Bezüge
1273 bis max. zum Grundsicherungssatz.

1274 Aber auch im Fernverkehr der Bahn hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten nichts verbessert,
1275 im Gegenteil. Um mit Fernverkehrsverbindungen nach Mannheim/Frankfurt oder nach Paris zu
1276 kommen, muss man schon sehr genau in den Fahrplan schauen. Die oft zitierte Floskel, das
1277 Saarland sei in der „Mitte Europas“, ist zumindest bei der Bahn nicht zu erkennen.

1278 Der Saarbrücker Flughafen ist für uns ein fester Faktor der Infrastruktur im Land und braucht
1279 eine klare Perspektive. Unser Land ist sehr mangelhaft an den Schienen-Schnellverkehr
1280 angebunden. So bleibt der Flughafen unverzichtbar - sowohl für die Saar-Wirtschaft als auch
1281 für die Saarländerinnen und Saarländer. Das geht nicht ohne Investitionen.

1282 Die Saar als Verkehrsstrecke nimmt immer weiter an Bedeutung ab. Wenn auch durch die
1283 Dekarbonisierung der verbliebene Transport von Steinkohle nicht mehr stattfindet, bekommt
1284 der Fluss eine ganz neue Bedeutung. Hier bedarf es eines umfassenden Programms zur

1285 Renaturierung der Saar, damit Aspekte des Umwelt- und Artenschutzes sowie des regionalen
1286 Tourismus wieder eine Chance haben.

1287 Dass in Saarbrücken das Projekt „Stadtmitte am Fluss“ beerdigt wurde, bevor es überhaupt
1288 begonnen hatte, erachten wir immer noch als einen wesentlichen Fehler für die weitere
1289 Entwicklung der Landeshauptstadt mit überregionaler Bedeutung.

1290 In den Städten und Ortschaften wurden in den letzten Jahren vielerorts Radverkehrsstreifen
1291 angebracht. Das hat zu einer deutlichen Verbesserung geführt, ist aber bei weitem noch nicht
1292 ausreichend. Denn immer dort wo der Verkehrsraum zu knapp ist, werden Radwege
1293 ausgelassen.

1294 **Wir wollen**

- 1295 • die gleichberechtigte Verteilung der Verkehrsflächen nach der Anzahl der Nutzerinnen
1296 und Nutzer und nicht nach Größe des Fahrzeuges.
- 1297 • eine konsequente Verhinderung des Abstellens von PKW und LKW auf Fuß- und
1298 Radwegen sowie der Schutz der Fußwege.

1299 Mobilität geht nicht von allein und Mobilität ist auch kein Selbstzweck. Die Menschen haben
1300 einen Anspruch darauf, auf dem Weg zur Arbeit, zu Besuchen zum Einkaufen oder im
1301 Tourismus. Die zukünftige Landesregierung muss in Kooperation mit den Kommunen, mit dem
1302 Bund und unseren Nachbarn in Frankreich und Luxemburg dafür Sorge tragen, dass diesem
1303 Anspruch Rechnung getragen wird.

1304 **Mehr Lebensqualität durch gute Radfahrbedingungen - eine Aufgabe auf allen Ebenen**

1305
1306 Ein funktionierender Radverkehr mit gut ausgebauten sicheren Radwegen trägt zu mehr
1307 Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden bei. Die Saarländerinnen und Saarländer
1308 haben das Rad in der Pandemie neu entdeckt - Radfahren erlebt zu Recht immer mehr
1309 Wertschätzung und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Verkehrswende. Auf gute
1310 Radwege im Land wartet man jedoch nach wie vor, trotz guter Finanzierungsmöglichkeiten
1311 durch den Bund.

1312
1313 Fahrradpolitik muss als Querschnittsthema in alle Bereiche der Verkehrspolitik, der Stadt- und
1314 Regionalplanung sowie der Umwelt-, Gesundheits- und Bildungspolitik integriert werden. Die
1315 Kommunen tragen hierbei eine besondere Verantwortung.

1316
1317 Im Bundesvergleich rangiert das Saarland beim Anteil des Radverkehrs am
1318 Verkehrsaufkommen leider sehr weit hinten. Zahlreiche Kommunen haben in den letzten Jahren
1319 einiges unternommen, um mehr Menschen zu bewegen, das Fahrrad zu benutzen. Wirksam
1320 war das vor allem dort, wo aktive Radfahrerinnen und Radfahrer in die Planungen eingebunden
1321 und auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Die teilweise katastrophale Situation
1322 vieler kommunaler Kassen ist aber ein großes Hindernis für planerische und bauliche
1323 Maßnahmen, die für einen zeitgemäßen Alltagsradverkehr notwendig sind. Bei allen
1324 Verkehrsprojekten sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass geeignete
1325 Radverkehrsstreifen bzw. Radwege mitgeplant und gebaut werden.

1326 **Wir wollen**

- 1327 • die Radwege im Saarland weiter ausbauen und Lücken in den Radwegenetzen
1328 konsequent schließen.

- 1329 • die Umsetzung der in den Radverkehrskonzepten im Saarland vorgesehenen
1330 Maßnahmen.
- 1331 • eine größere Akzeptanz und bessere Bedingungen für die Radfahrenden als
1332 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer: mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und
1333 intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen.
- 1334 • mehr Radschnellwege zwischen den Ortschaften auch für den Alltagsverkehr, mit
1335 ausreichend zweckgebundenen Mitteln des Bundes für die Kommunen.
- 1336 • eine fußgänger- und fahrradfreundlichere Straßenverkehrsordnung mit
1337 zielgruppengerechter Ampelsteuerung.
- 1338 • die Fahrradmitnahme durchgängig und kostenlos möglich machen, insbesondere auch
1339 für Pendlerinnen und Pendler.
- 1340 • den Ausbau öffentlicher Lademöglichkeiten für E-Bikes etc.
- 1341 • mehr Sicherheit für die Radfahrenden durch Schutzstreifen, Fahrbahnmarkierungen etc.
- 1342 • insbesondere rund um Schulen und mit Schulradwegen die Sicherheit und
1343 Erreichbarkeit verbessern.
- 1344 • Fahrradzonen wie im Nauwieser Viertel in Saarbrücken stärker ausbauen.
- 1345 • Aktionen wie „Stadttradeln“ weiter über Landesmittel unterstützen.
- 1346 • eine größere Kompetenz für den Ausbau von Radwegen beim Landesbetrieb für
1347 Straßenbau.
- 1348 • keine Umwidmung ehemaliger bzw. stillgelegter Bahnstrecken zu Radwegen, weil dies
1349 eine zukünftige Reaktivierung fast unmöglich macht.

1350

1351 **10. Energie, Klimaschutz, Verbraucherschutz – *verlässlich* die soziale Frage lösen**

1352 **Energiewende - sozial und fair gestalten**

1353

1354 Die Energiewende hin zu einer vorrangig dezentral und regional erfolgenden Vollversorgung mit
1355 erneuerbaren Energien bei deutlich sparsamerem und effizienterem Umgang mit Energie ist im
1356 Kampf gegen den Klimawandel alternativlos.

1357

1358 Wir unterstützen die energiepolitischen Ziele der UN-Klimakonferenz in Glasgow 2021 (COP
1359 26) - allerdings braucht das Saarland aufgrund seiner Industriestruktur Energiesicherheit. Die
1360 Energiewende muss sozial fair, ökonomisch und ökologisch gestaltet werden. Dabei sind die
1361 Belange der Beschäftigten in der Energiewirtschaft zu berücksichtigen - nur gemeinsam mit
1362 deren Wissen kann eine Energiewende im Saarland erfolgreich sein.

1363

1364 Zentrale Voraussetzung für eine erneuerbare Vollversorgung ist nicht allein der Wandel der
1365 Stromproduktion, sondern auch der Umbau der bisherigen Infrastruktur des Stromsektors. Hier
1366 droht mittelfristig ein Nadelöhr für den Ausbau erneuerbarer Energien. Denn die Stromnetze
1367 sind vielfach noch auf „Grundlast“ gepolt. Sie müssen jedoch konsequent vom Endpunkt einer
1368 erneuerbaren Vollversorgung her konzipiert werden. Zudem brauchen wir im
1369 Bereich von Langzeit-Stromspeichern eine deutlich intensivere Forschung und Entwicklung.

1370

1371 Die Potenziale von Photovoltaik-Anlagen müssen ausgeschöpft werden - daher unterstützen wir
1372 den Ausbau auf Flächen von ökologisch geringer Bedeutung oder auf Flächen, die vorbelastet
1373 sind. Auch auf landwirtschaftlichen Flächen sind Photovoltaik-Anlagen einsetzbar. Forschung
1374 und Entwicklung zeigen hier ermutigende Ergebnisse - so können PV-Anlagen etwa fünf Meter
1375 über dem Boden installiert werden. In anderen Bundesländern wurde „Sonne ernten auf zwei
1376 Etagen“ inzwischen zu einem Erfolgsmodell. Auch die senkrechte Aufstellung spezieller

1377 Solarmodule, welche die Sonneneinstrahlung von beiden Seiten verwerten können - die
1378 sogenannte bifaciale Agri-Photovoltaik - ist ausbaufähig. Die Flächen zwischen den Modulen
1379 können wie bisher weiter landwirtschaftlich genutzt werden. Entstehende Blühstreifen bieten
1380 weiterhin bedrohten Insekten und Vogelarten entsprechenden Raum. Wir unterstützen solche
1381 Projekte und sehen weiteres Potenzial von PV-Anlagen auf Ställen oder Scheunen.
1382

1383 Wir unterstützen keine Windenergieanlagen im Wald oder in windschwachen Gebieten. Die
1384 Interessen von Natur, Anwohnern und Energieerzeugern müssen besser vereinbart werden. Wir
1385 befürworten bei der Projektierung von Windenergieanlagen einen Vorsorgeabstand zur
1386 nächsten Wohnbebauung. Außerdem wollen wir eine stärkere Bürgerbeteiligung bei der
1387 Errichtung von Anlagen. Vor dem Bau neuer Anlagen zur Energiegewinnung und
1388 Energieerzeugung muss verpflichtend das Votum der Betroffenen eingeholt werden.
1389

1390 Eine Versorgung mit bezahlbarer Energie ist Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges
1391 Wohnen und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe - Strom- bzw. Energieversorgung ist
1392 gleichzeitig Daseinsvorsorge.
1393

1394 Im Saarland gab es bereits im Jahr 2019 über 3.000 Stromsperrern, diese Zahl dürfte in den
1395 vergangenen zwei Jahren gestiegen sein – trotz Runden Tisches zur „Vermeidung von
1396 Stromsperrern in einkommensschwachen Haushalten“. Wir setzen uns für ein vorübergehendes,
1397 gesetzliches Verbot der Sperrung oder Abschaltung der Strom- und Gasversorgung für private
1398 Haushalte im Winter, insbesondere bei schutzbedürftigen Personengruppen wie Familien mit
1399 Kindern, chronisch Kranken, Menschen mit Behinderungen und Senioren ein, die für Strom-
1400 und Gasrechnung erforderlichen Finanzmittel aus eigener Kraft nicht mehr aufbringen können.
1401

1402 **Klimaschutz – sozial gerecht**

1403

1404 Die Auswirkungen des Klimawandels treffen international und auch bei uns vor allem
1405 diejenigen, die nur wenige Möglichkeiten haben, ihr Leben klimagerecht zu gestalten. Das
1406 Klima und die Umwelt zu schützen, gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunft der
1407 Menschheit. Wir wollen jedoch mehr, wie wollen Klimagerechtigkeit. Der Weg für mehr
1408 Klimaschutz ist für uns nur machbar mit der Lösung der sozialen Frage: für mehr
1409 Klimagerechtigkeit dürfen nicht die einfachen Leute mit höheren Mieten und steigenden Heiz-
1410 und Stromkosten zur Kasse gebeten werden.

1411 Bisher tragen die Privathaushalte sowie die kleineren und mittleren Unternehmen die Hauptlast
1412 der Kosten, während große Unternehmen und Konzerne viele Möglichkeiten haben, sich davon
1413 zu befreien. Klima- und Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, ist daher heute
1414 eine große Herausforderung. Mehr als alles andere ist dieser Zusammenhang existentiell für
1415 uns alle geworden. Das verlangt ein radikales Umdenken, eine Denkweise, die in sozialen und
1416 ökologischen Bewegungen vorhanden ist, nicht aber in anderen Parteien.

1417 Über die Hälfte der Bundesländer hat jeweils ein eigenes Klimaschutzgesetz erlassen, das
1418 Saarland nicht. Diese Lücke muss geschlossen werden. Jede natürliche und juristische Person
1419 soll zum Klimaschutz beitragen und Vorsorge für die Vermeidung klimabedingter Schäden und
1420 Gefahren im Rahmen ihrer Möglichkeit treffen. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger an der
1421 Planung und Umsetzung des Klimaschutzes und der Anpassung an die Folgen des
1422 Klimawandels auf Landesebene beteiligt werden und verbindliche Klimaschutzkonzepte der
1423 Kommunen unterstützen. Im öffentlichen Vergabewesen soll ein Nachhaltigkeitsfaktor
1424 berücksichtigt bzw. mit eingerechnet werden.

1425
1426
1427
1428
1429
1430
1431
1432
1433
1434
1435
1436
1437
1438
1439
1440
1441
1442
1443
1444
1445
1446
1447
1448
1449
1450
1451
1452
1453
1454
1455
1456
1457
1458
1459
1460
1461
1462
1463
1464
1465
1466
1467
1468
1469
1470
1471
1472

Wir wollen

- dass geeignete Dächer von landeseigenen und kommunalen Immobilien mit Photovoltaik und/oder Solarthermie ausgestattet werden.
- geeignete Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie an Lärmschutzwänden für Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen.
- prüfen, ob auch Parkplätze als sogenannte Solarcarports mit Photovoltaik-Anlagen überbaut werden können.
- ein spezielles Landesförderprogramm, welches für die Installation von modernen PV-Anlagen in der Landwirtschaft weitere Anreize schafft.
- Förderung von nachhaltigen Energiespeichermethoden.
- Forschung zu regenerativen Energieträgern und Umwelttechnik im Saarland.
- die sogenannte 10-H-Regelung einführen, wonach der Mindestabstand zwischen einer Windenergieanlage (WEA) und der Wohnbebauung das Zehnfache der Höhe der Anlage betragen muss.
- Bürgerenergiegenossenschaften fördern und unterstützen.
- eine Energieversorgung in öffentlicher Hand anstreben.
- darauf hinwirken, dass die im Jahr 2007 abgeschaffte staatliche Strompreisaufsicht mit Zuständigkeit der Länder wieder eingeführt wird.
- dass Strom, Gas und Wasser für alle Menschen bezahlbar und verfügbar sein müssen.
- eine kostenlose, aufsuchende Beratungsarbeit für Haushalte, die von Energiesperren betroffen sind.
- die Mehrwertsteuer für Strom auf sieben Prozent absenken, damit Strom wieder bezahlbar wird.
- wir wollen ein saarländisches Klimaschutzgesetz mit dem Ziel der Klimaneutralität im Saarland bis 2040.

Verbraucherschutz – mehr Rechte für Verbraucherinnen und Verbraucher

Verbraucherpolitik ist für uns ein fester Bestandteil linker Wirtschafts- und Demokratisierungspolitik. Ob beim Kauf von Lebensmitteln, als Fahrgast oder im Internet: Immer wieder stehen den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher die Interessen von Unternehmen gegenüber.

Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt stellen und Märkte verbrauchergerecht regulieren. Wirksamer Verbraucherschutz braucht handlungsfähige und durchsetzungskräftige öffentliche Institutionen sowie starke, finanziell gut ausgestattete Verbraucherorganisationen. Die Verbraucherzentrale Saarland ist eine Säule des Verbraucherschutzes in unserem Land.

Ihre vielfältigen Angebote der Rechtsberatung, der Fachberatung Lebensmittel, der Energieberatung, der Pflegerechtsberatung – um hier nur einige zu nennen – helfen alltäglich vielen Menschen. Diese Arbeit muss mit einer guten Finanz- und Personalausstattung durch das Land gewürdigt werden. Zwar gibt es Beratungsstellen in Dillingen und Saarbrücken, Beratungsstützpunkte in Neunkirchen und Merzig - aber im Saarpfalz-Kreis und in St. Wendel gibt es noch weiße Flecken.

1473 Um Schulden zu verhindern, bevor sie entstehen, brauchen wir ebenso gut ausgestattete
1474 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege. Ein
1475 zentraler Bestandteil linker Verbraucherschutzpolitik ist unser Kampf gegen Wucherzinsen beim
1476 Überziehen von Girokonten.

1477
1478 **Wir wollen:**

- 1480 • eine sichere finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale im Saarland.
- 1481 • einen Ausbau der Stützpunkte im Saarpfalz-Kreis und im Kreis St. Wendel - vorstellbar
1482 wäre für uns auch eine mobile Verbraucherberatung in den ländlichen Regionen.

1483 **Atomenergie - nicht „nachhaltig und grün“, sondern gefährlich -**
1484 **Cattenom endgültig abschalten**

1485
1486 Das nur rund 12 Kilometer von der saarländischen Grenze entfernte französische
1487 Atomkraftwerk Cattenom gilt als eines der unsichersten AKWs und stellt insbesondere für die
1488 Bevölkerung des Saarlandes, von Luxemburg und Rheinland-Pfalz eine permanente
1489 ernstzunehmende Gefährdung dar. Die Folgen von Reaktorunfällen sind sichtbare Beweise, wie
1490 gefährlich und zerstörerisch Atomkraft ist – Teile unserer Region sowie die der Nachbarn
1491 würden dauerhaft unbewohnbar gemacht.

1492 Seit Jahren fordern wir die Stilllegung dieses Pannenreaktors wegen der zahlreichen Störfälle in
1493 der Vergangenheit bis in die heutige Zeit, dem Ergebnis der EU-Stresstests im Jahr 2011, dem
1494 Jahresbericht der französischen Atomaufsicht, einem Greenpeace-Bericht aus dem Jahr 2014
1495 sowie etlichen weiteren Studien und Initiativen. 35 Jahre nach der atomaren Katastrophe von
1496 Tschernobyl und 10 Jahre nach dem verheerenden Reaktorunfall von Fukushima sind nun neue
1497 Untersuchungen öffentlich geworden, welche die Forderung nach einer Abschaltung von
1498 Cattenom erneut untermauern.

1499
1500 Die von Luxemburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland in Auftrag gegebene und seit 15. April
1501 2021 vorliegende Studie des unabhängigen Expertenbüros Consentec zu den Auswirkungen
1502 der AKW-Schließung auf die Versorgungssicherheit in der Region kommt zu dem Schluss: Eine
1503 Stilllegung des Meilers an der Grenze ist möglich und machbar – eine Gefährdung der
1504 Stromversorgung, ein Hauptargument von Cattenom-Befürwortern, ist nicht zu befürchten. Die
1505 Studie zeige, dass Cattenom zu jenen Anlagen zählen kann, die prioritär abgeschaltet werden
1506 können, so die zuständigen Ministerien in Luxemburg, Rheinland-Pfalz und im Saarland.

1507
1508 Darüber hinaus bedeuten längere Laufzeiten Stress für alte Atomkraftwerke wie Cattenom, da
1509 sie anfälliger für Störungen sind. Zu diesem Ergebnis kommt die kürzlich bekannt gewordene
1510 Studie „Risiken von Laufzeitverlängerungen alter Atomkraftwerke“. Die „Allianz der Regionen für
1511 einen europaweiten Atomausstieg“, der auch das Saarland angehört, hat diese bei der
1512 International Nuclear Risk Assessment Group INRAG in Wien in Auftrag gegeben. Die auf dem
1513 Gebiet der Kerntechnik breit anerkannte Gruppe von Expertinnen und Experten fordert
1514 international verbindliche Regelungen für die Umsetzung von Sicherheitsanforderungen für
1515 bestehende Anlagen.

1516
1517 Ebenso zeigt ein 2018 im Auftrag von Rheinland-Pfalz und dem Saarland erstelltes
1518 sicherheitstechnisches Gutachten des Öko-Instituts Darmstadt eine Vielzahl von Lücken und
1519 Defiziten im AKW Cattenom auf. Auf dieser Grundlage hat sich die damalige
1520 Bundesumweltministerin beim Antrittsbesuch mit ihrem französischen Amtskollegen gegen eine
1521 Laufzeitverlängerung des grenznahen Standorts Cattenom ausgesprochen. Diese Forderung

1522 blieb bedauerlicherweise bisher ohne Wirkung.

1523

1524 **Wir wollen**

1525

- 1526 • gemeinsam mit den Nachbarregierungen und -regionen alle politischen und
- 1527 diplomatischen Möglichkeiten und Wege in einem gemeinsamen Vorgehen
- 1528 auszuschöpfen, um eine Laufzeitverlängerung über 40 Jahre hinaus zu verhindern.
- 1529 • mit Frankreich und Luxemburg Verhandlungen aufzunehmen, um im Hinblick auf eine
- 1530 Abschaltung des AKW einen Ausgleich für die französischen Partner für ausfallenden
- 1531 Strom, Investitionen in Netze und verloren gegangene Arbeitsplätze zu finden.
- 1532 • im Rahmen der geplanten öffentlichen Anhörung (Enquête Publique) zur 1.300 MW-
- 1533 Baureihe auf französischer Seite, in der die Nachbarstaaten Stellung nehmen können, u.
- 1534 a. das Gutachten des Öko-Instituts sowie die aktuelle INRAG-Studie zur Begründung der
- 1535 Einwendungen gegen eine Laufzeitverlängerung mit Nachdruck einfließen zu lassen.
- 1536 • auf der Grundlage der neuen Erkenntnisse der Consentec-Studie zur
- 1537 Versorgungssicherheit ohne Cattenom die machbare Stilllegung des AKW
- 1538 mit voranzutreiben.

1539

1540

1541

11. Umwelt und Natur, Landwirtschaft und Forst – *verlässlich* schützen und stützen

1542

1543

1544

1545

1546

1547

1548

1549

Umwelt und Natur zu schützen und sie für die nachfolgenden Generationen zu bewahren, betrachten wir als unsere Verpflichtung. Der Naturpark Saar-Hunsrück oder das Biosphärenreservat Bliesgau und andere geschützte Lebensräume sind Rückzugsgebiete für Pflanzen und wildlebende Tiere. Sie haben eine enorme Bedeutung für den Naturschutz, den Erhalt der biologischen Vielfalt und unserer Kulturlandschaft, aber ebenso für die regionale touristische Entwicklung. Deshalb treten wir für einen fairen Ausgleich zwischen Naturschutz, Erholung für die Menschen und wirtschaftlichen Interessen ein. Hier bietet sich die Gelegenheit, Natur Natur sein zu lassen und mit dem Prinzip Schutz durch Nutzung zu verbinden.

1550

1551

1552

1553

1554

1555

Die Waldfläche im Saarland beträgt 93.500 Hektar - dies entspricht etwa 36 Prozent der Landesfläche. Damit gehört das Saarland zu den walddreichsten Bundesländern. Im Ländervergleich weist der saarländische Staatswald mit 75 Prozent Laubwald den höchsten Anteil an Laubbäumen auf. Zehn Prozent des Staatswaldes wird forstlich nicht genutzt (Urwald vor den Toren der Stadt, Nationalpark Hunsrück-Hochwald und die Kernzone der Biosphäre Bliesgau).

1556

1557

1558

1559

1560

1561

1562

1563

1564

1565

Gerade weil der saarländische Wald auch eine wichtige Funktion als Naherholungsraum und als funktionierendes Ökosystem hat, darf er nicht weiter durch Windkraftanlagen zerstört werden. Der saarländische Wald leidet extrem unter dem Klimawandel: lange Trockenzeiten in der Vergangenheit verursachten starke Schäden an den Bäumen, die massenhafte Borkenkäfer-Vermehrung hat zu einem Fichtensterben geführt. Aber auch der Zustand von Buchen und Eichen ist besorgniserregend. Wenn wir den Wald dauerhaft sichern wollen, müssen wir dafür sorgen, dass er an die veränderten klimatischen Bedingungen angepasst wird. Deshalb ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis unerlässlich, damit gesunde und klimastabile Wälder mit vorwiegend einheimischen Baumarten heranwachsen können.

1566

1567

1568

Steigende Anforderungen hinsichtlich Naherholung, Waldnaturschutz und Klimawandel erfordern eine höhere Anzahl an gut ausgebildeten und bezahlten Fach- und Nachwuchskräften. Wir wollen einen größeren Anteil des Waldes, der von der Forstwirtschaft

1569 ausgenommen und vor Holzeinschlag geschützt wird. Naturverjüngung hat Vorrang. Alte
1570 Bäume dürfen nicht abgeholzt werden, solange sie kein Sicherheitsrisiko darstellen. Den
1571 Einsatz von Harvestern und Forwarder sehen wir kritisch.

1572
1573 Streuobstwiesen prägen große Teile der saarländischen Kulturlandschaft. Sie sind reich
1574 strukturierte Biotope, in denen viele Insekten, Vögel und andere Tiere einen Lebensraum
1575 gefunden haben. Dies gilt es zu erhalten und zu pflegen.

1576
1577 Städte und Gemeinde sollen grüner werden: mit Begrünung von Fassaden und Verkehrsinseln.
1578 Schottergärten sehen wir kritisch, wir unterstützen mehr Blühstreifen. Wir wollen eine Förderung
1579 für Maßnahmen der Grün- und Freiraumgestaltung in saarländischen Kommunen.

1580
1581 Das Saarland war noch nie eine Agrar-Großregion, kann aber auf einen Anteil von Ökolandbau
1582 von 20 Prozent verweisen. Wir respektieren das Nebeneinander von Ökolandbau und
1583 konventioneller Landwirtschaft. Kleinen und mittleren Betrieben der Landwirtschaft sowie den
1584 Obstbauern wollen wir wertschätzend und unterstützend zur Seite stehen. Eine Stärkung der
1585 regionalen Kennzeichnung für Lebensmittel halten wir daher für angebracht. Bäuerliche
1586 Betriebe vor Ort werden davon profitieren und nicht die Discounter um die Ecke. Viel zu oft
1587 geben Supermarktketten und Schlachtkonzerne durch Qualzucht und Billiglebensmittel den Ton
1588 an, was sich in den Ställen und auf den Äckern abspielt. Dem ist entgegen zu wirken.

1589
1590 **Wir wollen**

- 1591
- 1592 • keine Windenergieanlagen im Wald, für die gesunde Bäume abgeholzt werden
- 1593 müssen.
- 1594 • private Waldbesitzer mit einer Prämie unterstützen, wenn sie eine nachhaltige
- 1595 Waldbewirtschaftung betreiben.
- 1596 • eine ökologische Waldbewirtschaftung im Staatswald bei entsprechend mehr Fach-
- 1597 und Nachwuchskräften.
- 1598 • Höhere Ressourcen für Weiter- und Fortbildung bzw. Qualifizierung, um den
- 1599 veränderten Anforderungen Rechnung tragen zu können.
- 1600 • Streuobstwiesen erhalten und pflegen.
- 1601 • in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort wollen wir sogenannte
- 1602 Schottergärten einschränken und Begrünungskonzepte ausbauen.
- 1603 • Maßnahmen der Grün- und Freiraumgestaltung in saarländischen Kommunen
- 1604 fördern.
- 1605 • ein Prüfsiegel etablieren, welches nach den Kriterien biologischer Vielfalt,
- 1606 Vermeidung von Pestiziden, fairer Vermarktung für regionale Produktion vergeben
- 1607 wird.
- 1608 • eine Nahversorgung mit gesunden Lebensmitteln aus der Region, um bäuerliche
- 1609 Existenzen zu erhalten und ländliche Kulturlandschaften zu bewahren.
- 1610 • durch eine Ausweitung des Schulobstprogrammes mit ELER-Mitteln die
- 1611 Direktvermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte unterstützen.
- 1612 • landwirtschaftliche Einkommen und fair bezahlte Arbeitsplätze in vor Ort verankerten
- 1613 Betrieben sichern.
- 1614 • Qualzucht und -haltung verbieten, tierartgerechte Haltung in den Ställen.

1615
1616
1617

Grubenflutung – entgegentreten im Sinne der Saarländerinnen und Saarländer

Wir haben nach wie vor ernsthafte Bedenken gegen die geplante Grubenflutung der RAG und lehnen sie ab. Das Unternehmen will das Grubenwasser in zwei Phasen ansteigen lassen - in einer ersten Phase auf minus 320 Meter, in der zweiten Phase vollständig bis kurz vor die Erdoberfläche. Das Bergamt Saarbrücken hat den Abschlussbetriebsplan und damit die erste Phase der Grubenflutung mittlerweile genehmigt, wogegen sich viel Widerstand regt. Wir sind der Meinung, solange negative Auswirkungen auf Sicherheit und Gesundheit der Menschen nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden können, darf es keine Genehmigung geben, auch nicht scheinbarweise. Die RAG hat jahrelang viel Geld im Saarland mit der Kohle und der schweren Arbeit der Bergleute verdient. Daher kann es nicht sein, dass sie nun aus Renditegründen die Pumpen abstellen darf.

Militärischer Fluglärm – die Menschen im Saarland und in der Westpfalz davon entlasten

Wir kämpfen seit Jahren gegen die enorme Belastung der Bürgerinnen und Bürger im Saarland und der Westpfalz durch militärischen Fluglärm. Denn das Saarland ist weitaus stärker durch Kampffjets und Bomber belastet als andere Teile Deutschlands.

Wir wissen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, dass in 2020 die Anzahl der Nutzungsstunden der Flugzone TRA Lauter um rund drei Prozent zugenommen hat und parallel auch die Zahl an Lärmbeschwerden spürbar gestiegen ist: unsere Region ist weitaus stärker vom Lärm durch Kampffjets und Bomber belastet als andere Teile Deutschlands und das muss sich dringend ändern. Enttäuschend war hier auch die Äußerung der ehemaligen saarländischen Verteidigungsministerin, dass der militärische Flugbetrieb in der Übungszone TRA Lauter im Großen und Ganzen unverändert weiterlaufen müsse und lediglich freitags eine Stunde früher eingestellt werde. Das war und ist viel zu wenig. All das ist letztlich jedoch auch eine direkte Folge der Aufrüstungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung und der Nato-Staaten. Für die derzeitigen und möglichen künftigen Kriegseinsätze werden immer mehr Transport- und Übungsflüge nötig, was die Bundesregierung auch bestätigt.

Zur Entlastung von militärischem Fluglärm mit allen negativen Auswirkungen bleibt neben dem nach wie vor angestrebten Bündnis auf kommunaler Ebene das Hauptziel, mindestens eine gleichmäßige Verteilung der militärischen Flüge - besser noch das Aus der TRA - zu erreichen. Genauso fordern wir eine Schließung der US-Militärbasen in Ramstein und Spangdahlem, von denen Flüge für Kriegseinsätze ausgeführt werden. Militärischer Fluglärm ist auch eine Folge der Aufrüstung, die Deutschland, die USA samt Nato betreiben. Das beste Mittel gegen diese enorme Lärmbelastung ist Abrüstung und eine aktive Friedenspolitik – Ziele, für die sich nur noch die Partei DIE LINKE einsetzt und daher bereits aus diesem Grund eine richtige Wahl ist.

Wir wollen

- ein Bündnis auf kommunaler Ebene, um mit den Nachbarkommunen im Saarpfalz-Kreis und der Westpfalz gemeinsam die Kräfte gegen den ständigen Fluglärm bündeln zu können.
- den Stopp der militärischen Übungsflüge.
- das Aus der TRA-Lauter.

- die Schließung der US-Militärbasen in Ramstein und Spangdahlem.

12. Tierschutz – *verlässlich* durchsetzen

Wir sprechen uns klar für eine Stärkung der Tierrechte und des Tierschutzes auf allen Ebenen aus. Tiere sind fühlende Mitgeschöpfe und somit sind ihr Leben und Wohlbefinden schützenswert. Leiden und Schäden von ihnen abzuhalten, sind Maximen linker Tierschutzpolitik.

Alternativmethoden statt Tierversuche

Die Zahl der Tierversuche im Saarland sind in den letzten Jahren wieder steigend: allein in 2020 wurden 24.429 Tierversuche an den saarländischen Hochschulen, Forschungsinstituten und Laboren durchgeführt. Dieser würdelosen Quälerei von Tieren, denen jegliche Rechte als Lebewesen abgesprochen werden, deren Leiden und Sterben dem Profitinteresse untergeordnet wird, hat die saarländische Landesregierung bis heute keinen Riegel vorgeschoben. Dabei bieten die Bioinformatik und weitere Disziplinen der Universität des Saarlandes schon heute alternative Methoden und Instrumente an.

Wir wollen

- das Verbot von Tierversuchen, die konsequente Erforschung von Alternativmethoden und den zeitnahen Wechsel.

Kein Tier ist eine Zirkusnummer

Tiergerechte Haltung von Wildtieren in einem Zirkus ist nicht möglich. Schon die Käfigenge und der natürliche Bewegungsdrang sind unvereinbar. Dies verschärft durch die Lebens- und Dressurbedingungen. Die nicht artgerechte Unterbringung, die Transporte und die fehlenden Rückzugsmöglichkeiten führen bei den Tieren zu Dauerstress. Die eindeutig tierschutzwidrigen Dressurbedingungen, wie Kopfstand bei Elefanten oder das Springen von Wildkatzen durch brennende Reifen, zeigen überdeutlich, dass Profitinteresse und die Befriedigung von Schaulust weit über das im Grundgesetz verankerte Gebot des Tierschutzes untergeordnet werden.

Fachorganisationen und eine große Mehrheit der Bevölkerung sprechen sich für ein Wildtierverschbot in Zirkussen aus. Doch klare Verbote dieser artfremden Haltung, wie es sie in anderen EU-Staaten schon länger gibt, bekamen weder Bundes- noch Landesregierung bislang umgesetzt. Das Tierleiden wurde wirtschaftlichen Profitinteressen untergeordnet.

Wir wollen

- ein generelles Verbot von Wildtieren für mobile Schausteller jeglicher Art. Hierzu zählt ein konsequentes Verbot von Neuerwerb von Wildtieren und eine gesetzliche Übergangsfrist der vorhandenen Tiere an Zoos und Auffangstationen, wie es zahlreiche Tierschutzorganisationen seit Jahren fordern. Im Saarland muss ein flächendeckendes Verbot von Standplatzgenehmigungen umgesetzt werden.

Wildunfälle reduzieren - mehr Schutz für Mensch und Tier

Auch wenn die Zahlen rückläufig sind kommt es im Saarland Jahr für Jahr zu mehreren tausend Schwarzwild, Dam- und Rotwildunfälle. Wildunfälle sind auch nicht gänzlich vermeidbar, da zu viele Straßen die Lebensräume der Tiere durchkreuzen. Aber man kann sowohl die Anzahl, als

1708 auch die Schwere der Unfälle reduzieren.

1709 **Wir wollen**

- den Ausbau von Schutzzäunen, das Anbringen von Reflektoren und die Einführung eines Tempolimits von 80 km/h an Landstraßen um einen besseren Schutz für Menschen und Tiere zu gewährleisten.

1713 **Neuregelung der Heimtierhaltung**

1714 Der Wildtierhandel mit exotischen Tieren und Reptilien ist ein Wachstumsmarkt. Die Tiere
1715 werden häufig qualvoll aus ihren natürlichen Lebensräumen gerissen und auch ins Saarland
1716 verfrachtet. Dort ist dann eine nicht unerhebliche Anzahl der Haushalte mit der Pflege und
1717 Unterbringungen der Tiere überfordert, so dass eine artgerechte Haltung nicht eingehalten wird.
1718 Die Gefahr entflohener und giftiger Tiere für Halter und Mitbürger ist dabei nicht zu
1719 unterschätzen.

1720 **Wir wollen**

- ein konsequentes Import- und Haltungsverbot von giftigen und für Mensch und Umwelt gefährlichen Tieren – ausgenommen zoologische Gärten mit anerkannter und nachweisbarer Vorgabe der artgerechten Haltung. An Privatpersonen sollten ausschließlich ungiftige und in ihrer Größe und Stärke mit heimischen Arten vergleichbare Tiere veräußert werden dürfen, damit die Halter nicht überfordert werden. Die Haltung selbst sollte dabei zwingend an einen Sachkundenachweis gekoppelt sein.

1727 **Kostendeckende Finanzierung von Tierheimen**

1728 Die Situation in den saarländischen Tierheimen ist finanziell äußerst angespannt. Die
1729 wachsenden finanziellen Belastungen durch die stetig steigenden Nebenkosten und die
1730 laufenden Ausgaben für Tierärzte und Medikamentenversorgung sind kaum noch zu stemmen.
1731 Durch die knappen finanziellen Mittel ist die Einstellung von qualifiziertem Personal für die
1732 Tierpflege kaum noch realisierbar und die ehrenamtlich Aktiven weit über den
1733 Belastungsgrenzen.

1734 **Wir wollen**

- eine konkrete, rechtliche Regelung auf Landesebene zur Finanzierung und personellen Ausstattung der Tierheime, aber auch der Gnadenhöfe. Eine finanzielle Zusatzunterstützung aufgrund der Einnahmeausfälle während der Pandemie muss zeitnah erfolgen.

1741 **13. Kommunen mit mehr Lebensqualität – *verlässlich* besserstellen**

1742 Unsere Städte und Gemeinden sind das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen, die
1743 zukunftsfest gestaltet werden müssen. Die Situation der kommunalen Haushalte im Saarland ist
1744 so dramatisch, dass sich sogar der Innenminister des Landes kürzlich an die neue
1745 Bundesinnenministerin wandte und um Hilfe gebeten hat. Der Investitionsbedarf der
1746 saarländischen Kommunen ist immens, um ihre Aufgaben überhaupt noch erfüllen zu können.
1747 Jahrelang wurde gespart – das Ergebnis sind marode Schulen, Kindertagesstätten, kaputte
1748 Straßen, defekte uralte Kanalisationsrohre, die ab und zu platzen. Man hat alles kaputtgespart.

1749 Nun sollen die Kommunen ihre Infrastruktur an die mit dem Klima- und Energiewandel
1750 verbundenen Notwendigkeiten anpassen, was ebenso viel Geld kostet. Hinzu kommen die
1751 Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die saarländischen Kommunen sind am Ende ihrer
1752 finanziellen Kräfte. Die dem Saarland aufgedrückte Schuldenbremse - also eine
1753 Investitionsbremse - hat sich als Kürzungsdiktat erwiesen, was dazu führte, dass es
1754 mittlerweile einen riesigen, unübersehbaren Sanierungsstau in den Städten und Gemeinden
1755 gibt.

1756 Mitte des Jahres 2021 wurden die Ergebnisse des aktuellen Kommunalen Finanzreports der
1757 Bertelsmann Stiftung veröffentlicht, die für die saarländischen Kommunalfinanzen in den
1758 nächsten Jahren ein mehr als besorgniserregendes Bild zeichnet. Demnach haben die Städte,
1759 Gemeinden und Kreise im Saarland trotz hoher Finanzhilfen von Bund und Land auch im Jahr
1760 2020 Defizite verbucht. Das Saarland liegt bei den kommunalen Investitionen auf dem letzten
1761 Platz - die Haushaltsprobleme der saarländischen Kommunen werden auch in den kommenden
1762 Jahren wachsen.

1763 Der kommunale Schutzschirm des Bundes für unsere Kommunen muss auch in den Jahren
1764 2021 und 2022 fortgeführt werden. Um es salopp zu formulieren: Ohne Moos nix los. Wir
1765 brauchen moderne Kitas und Schulen, funktionierende Verwaltungen, die gut digital aufgestellt
1766 sind, gepflegte Friedhöfe, bezahlbare Wohnungen, gut ausgestattete Freiwillige Feuerwehren,
1767 Seniorentreffpunkte oder eine lebendige, vielfältige Vereinslandschaft, um Kommunen für die
1768 saarländische Bevölkerung attraktiv zu gestalten. Das alles kostet Geld. Ist es uns dies wert?
1769 Klare Antwort: Ja!

1770 Das bedeutet jedoch auch, dass bei politisch gewollten Vorhaben - wie dem Ausbau der
1771 Ganztagsbetreuung in den Grundschulen - für eine adäquate Finanzierung von Bund und Land
1772 zu sorgen ist. Wer bestellt, muss auch bezahlen!

1773 **Wir wollen**

- 1774 • uns dafür einsetzen, dass unsere saarländischen Städte und Gemeinden in Zukunft
1775 attraktiv für die Bevölkerung sind.
- 1776 • uns für gute finanzielle Rahmenbedingungen einsetzen - dazu gehört eine Altschulden-
1777 Regelung durch den Bund. Es kann nicht sein, dass das Saarland im bundesweiten
1778 Vergleich weiter hinterherhinkt.
- 1779 • moderne Handlungs- und Investitionsbedingungen bei der Bewältigung der Klimakrise.
- 1780 • die kommunale Selbstverwaltung personell stärken.
- 1781 • die besonderen Bedürfnisse der Landeshauptstadt Saarbrücken als Regierungssitz, als
1782 einzige Großstadt in der Region, als einziger Träger der Berufsfeuerwehr sowie als
1783 Universitäts-, Kongress- und Messestadt besser berücksichtigen.

1784 **14. Katastrophenschutz – *verlässlich* krisensicher machen**

1785 Für die innere Sicherheit des Saarlandes sind die Rettungsdienste sowie der Brand- und
1786 Katastrophenschutz unverzichtbare Bestandteile. Sie leisten einen wertvollen Beitrag für unsere
1787 Gesellschaft - ihre Arbeit wertschätzen wir sehr. Sie verdienen unser aller Respekt und
1788 Anerkennung. Übergriffe oder Behinderungen der Arbeit der Rettungsdienste verurteilen wir -
1789 sie dürfen nicht toleriert werden.

1791 Eine gute Ausstattung und Ausrüstung sowie eine Gleichstellung aller Behördenorganisationen
1792 mit Sicherheitsaufgaben und eine entsprechende Aus- und Fortbildung sollten

1793 selbstverständlich sein. Die Nachwuchsgewinnung muss unterstützt werden. Kooperationen
1794 zwischen Bildungseinrichtungen sowie Feuerwehr- und Rettungsdiensten unterstützen wir,
1795 damit Kinder und Jugendliche schon früh deren Arbeit kennenlernen.

1796
1797 Die Landesfeuerweherschule befindet sich seit Jahren in einem desolaten Zustand. Seit vielen
1798 Jahren ist für die Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht einmal mehr das Duschen
1799 nach Einsatzübungen möglich. Gleiches gilt für unzumutbare Übernachtungsplätze für die
1800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Seminaren. Weite Heimreisen nach anstrengenden
1801 Weiterbildungen müssen vermieden werden. Daher sollte nach einer Übergangslösung gesucht
1802 werden, bis die neue Landesfeuerweherschule in Homburg in Betrieb genommen werden kann.
1803 Die Ausbildung der Einheiten darf nicht länger unter dieser Situation leiden. Die
1804 Feuerweherschule sollte künftig in eine moderne Akademie für den Brand- und
1805 Katastrophenschutz weiterentwickelt werden.

1806
1807 Die Wertschätzung der unverzichtbaren Arbeit der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren
1808 im Land sollte sich auch mit der Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung - wie in
1809 Thüringen seit 13 Jahren - ausdrücken.

1810
1811 Für die notwendige Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren im Land sind die Kommunen
1812 zuständig. Die Beschaffung obliegt ihnen. Eine landesweite Zentralstelle Beschaffung ist
1813 überfällig, um Kosten durch einen zentralen Einkauf zu minimieren. Dies kommt den
1814 Kommunen zugute.

1815
1816 Viele Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr arbeiten außerhalb ihres Wohnortes, dadurch sind
1817 sie bei Einsätzen vor Ort nicht verfügbar - als Einsatzkräfte fehlen sie. Arbeitgebern fehlt oft das
1818 Verständnis für die Wichtigkeit von Rettungskräften der Feuerwehr. Dem wollen wir mit einer
1819 Image- und Aufklärungskampagne begegnen.

1820
1821 Insgesamt muss der Katastrophenschutz im Saarland dringend gestärkt werden, die Corona-
1822 Pandemie sowie die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal haben die Defizite aufgezeigt.
1823 Landesweit verteilte Katastrophenschutzlager mit entsprechend notwendigen Materialien
1824 müssen jederzeit für die Bevölkerung einsatz- und abrufbereit sein. Das Sirenen-Netz ist
1825 flächendeckend wieder aufzubauen. Landesweite „Warntage“ und gemeinsame Großübungen
1826 halten wir für unverzichtbar.

1827
1828 **Wir wollen**

- 1829
1830
- 1831 • eine Gleichstellung aller Behördenorganisationen mit Sicherheitsaufgaben.
 - 1832 • Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen sowie Feuerwehr- und Rettungsdiensten
1833 unterstützen und ausbauen.
 - 1834 • eine angemessene Übergangslösung für Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer der
1835 Landesfeuerweherschule bis zur endgültigen Fertigstellung des neuen Gebäudes in
1836 Homburg,
 - 1837 • die Weiterentwicklung der Landesfeuerweherschule zu einer modernen Akademie für
1838 Brand- und Katastrophenschutz.
 - 1839 • eine „Feuerwehr-Rente“ (zusätzliche Altersversorgung) für Angehörige der Freiwilligen
1840 Feuerwehr nach Thüringer Vorbild einführen.
 - 1841 • eine Zentrale Beschaffungsstelle für notwendige Fahrzeuge oder
1842 Ausrüstungsgegenstände für die Freiwilligen Feuerwehren im Land einrichten.

- 1843
- landesweite funktionierende Katastrophenschutzlager sicherstellen.
- 1844
- eine Image- und Aufklärungskampagne über die unverzichtbare Arbeit der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr, um Verständnis für deren Einsätze bei Arbeitgebern zu erreichen.
- 1846
- landesweite Warntage und Großübungen einführen.
- 1847
- flächendeckend ein funktionierendes Sirenen-Netz wieder aufbauen.
- 1848

1849 **15. Öffentliche Sicherheit und Justiz – *verlässlich* gestalten und modernisieren**

1850 **Demokratie stärken – öffentliche Sicherheit verlässlich und demokratisch organisieren**

1851 Für uns beinhaltet persönliche und öffentliche Sicherheit die Wahrung der Grundrechte. Sie
1852 muss für alle im Saarland lebenden Menschen gewährleistet sein. Sicherheit ist auch ein Gefühl
1853 - wir schätzen es in keiner Weise gering, wenn Menschen in ganzen Regionen, Stadtteilen oder
1854 Gemeinden sich nicht wirklich so sicher fühlen, wie sie es sollten. Aber den Menschen dieses
1855 Gefühl ausreden oder durch bloß symbolische Handlungen reduzieren zu wollen, ist für uns
1856 keine Option.

1857 Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit stand und steht im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb
1858 ist neben den traditionellen sozialen Themen die weitere Demokratisierung der Gesellschaft ein
1859 Schwerpunkt und darum sind wir auch in Fragen der Sicherheit eine kompetente
1860 Ansprechpartnerin.

1861 Die Bevölkerung unseres Bundeslandes fordert zu Recht die Sicherstellung der öffentlichen
1862 Sicherheit und Schutz vor Kriminalität. Wir beteiligen uns aber nicht an einem
1863 sicherheitspolitischen Wettrennen. Wir stellen dem konservativen Konzept vom „starken Staat“
1864 unser Konzept für eine bürgernahe Polizei und für einen demokratischen Rechtsstaat als
1865 schützenswerte Errungenschaften aus. Für uns ist Polizei gegenwärtig und künftig ein
1866 erheblicher Faktor zur Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung.

1867 Der Polizeiberuf hat in der Attraktivität an einigen Stellen zugenommen. Das
1868 Landespolizeipräsidium ist als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert. Dies bedeutet, dass
1869 die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf einen hohen Stellenwert in der Polizei hat.
1870 Andererseits hat die von uns von Beginn an kritisierte Polizeireform zu einem Ausbluten im
1871 Personalbereich, zu Arbeitsverdichtung und Überlastung der Polizistinnen und Polizisten
1872 geführt. Dies muss geändert werden.

1873 Wir lehnen Gewalt und Angriffe auf Polizeikräfte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte strikt ab.
1874 Diese Auseinandersetzung mit dem Gewaltthema darf aber nicht als Mittel genutzt werden, um
1875 legitimen politischen Protest zu kriminalisieren.

1876 Sorgen bereiten uns die immer zunehmende Hasskriminalität, Kinderpornographie und rechte
1877 Hetze im Internet.

1878 Wir unterstreichen unsere Forderung nach einer unabhängigen Polizei-Beschwerdestelle mit
1879 eigenen Ermittlungsbefugnissen für alle Menschen. Der enorme Zuwachs an polizeilichen
1880 Eingriffsbefugnissen erfordert entsprechende Mechanismen zur Kontrolle und zur Aufklärung
1881 von möglichen Fehlverhalten.

1882

1883 **Wir wollen**

- 1884 • eine gut ausgestattete, gut ausgebildete und gut organisierte bürgernahe Polizei als
- 1885 unverzichtbarer Bestandteil persönlicher und öffentlicher Sicherheit,
- 1886 • eine ihren Aufgaben entsprechende, modernen Erkenntnissen Rechnung tragende
- 1887 personelle und sachliche Ausstattung der Polizei. Unsere Grundposition dabei bleibt:
- 1888 Polizeiliche Ausrüstung ja, polizeiliche Aufrüstung nein.
- 1889 • die Ausbildungs-, Fortbildungs- und Trainingskonzepte stetig an die jeweilige
- 1890 Sicherheitslage anpassen.
- 1891 • eine Öffnung von Stellenausschreibungen für den externen Bereich.
- 1892 • die Stellen im Tarifbereich attraktiver und an die heutigen Bedingungen einer modernen
- 1893 und digitalisierten Polizei anpassen.
- 1894 • die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.
- 1895 • die Polizeizulage an die Bedingungen anderer Länderpolizeien oder der Bundespolizei
- 1896 anpassen.
- 1897 • die Beförderungschancen für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zu erhöhen, um
- 1898 den Beruf attraktiver zu gestalten.
- 1899 • den Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen.
- 1900 • eine Evaluierung der alle drei Jahre stattfindenden Beurteilung.
- 1901 • den technischen und personellen Ausbau für die Strafverfolgung im Netz, insbesondere
- 1902 für die Bekämpfung der Kinderpornographie und Hasskriminalität sowie der Hetze von
- 1903 rechten Brandstiftern.
- 1904 • unseren Einsatzkräften einen guten Schutz bieten mit modernen Schutzausrüstungen.
- 1905 • den Kampf gegen Geldwäsche, Korruption, Untreue und Steuerhinterziehung im Bereich
- 1906 der Wirtschaftskriminalität mit Aus- und Fortbildung der Beamten intensivieren.

1907 Unserer Meinung nach passt ein Verfassungsschutz mit geheimdienstlichen Strukturen nicht in
1908 eine demokratische Gesellschaft. Solange dieser Verfassungsschutz jedoch weiter existiert und
1909 weitgehende Befugnisse hat, erfordert es eine wirksame demokratische Kontrolle. Es muss
1910 mehr Transparenz beim saarländischen Verfassungsschutz hergestellt werden – so wie es DIE
1911 LINKE in einer von der Landesregierung abgelehnten Gesetzesänderung gefordert hat.

1912 **Wir wollen**

- 1913 • dass die parlamentarische Kontrolle über den Verfassungsschutz durch den Ausschuss
- 1914 für Fragen des Verfassungsschutzes gestärkt wird.
- 1915 • einen parlamentarischen Beauftragten einführen, der die Arbeit des
- 1916 Verfassungsschutzes im Auftrag der Volksvertreterinnen und -vertreter im Blick behalten
- 1917 und auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen soll.
- 1918 • die Einführung einer regelmäßigen öffentlichen Anhörung im Parlament durch die
- 1919 Abgeordneten des saarländischen Landtages analog zur Regelung im Deutschen
- 1920 Bundestag.
- 1921 • den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen unterbinden und verdeckte
- 1922 Einsätze des Verfassungsschutzes begrenzen.
- 1923 • den stärkeren Schutz von Hinweisgebern, den sogenannten Whistleblowern.

1924 **Justiz – verlässlich gestalten**

1925 Ein Rechtsstaat funktioniert nur, wenn es genügend Personal bei Polizei, Staatsanwaltschaft
1926 und Gerichten gibt - die Justizvollzugsanstalten müssen ausreichend personalisiert sein. Wir
1927 streiten hier für eine aufgabengerechte Ausstattung. Die Absenkung der Eingangsbesoldung für

- 1928 Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte muss rückgängig
1929 gemacht werden. Gleiches gilt für die Verzögerung von Besoldungserhöhungen mittlerer und
1930 höherer Gehaltsgruppen.
- 1931 Die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Kriterien für eine angemessene
1932 Richterbesoldung müssen auch im Saarland gelten. Zwar wurden weitere Stellen im Zuge des
1933 „Paktes für den Rechtsstaat“ geschaffen - sie sind aber nicht ausreichend, um lange Verfahren
1934 und Arbeitsverdichtung zu vermeiden. Auch im nachgeordneten Bereich fehlt Personal, was in
1935 unterbesetzten Geschäftsstellen sichtbar wird.
- 1936 Fast alle europäischen Staaten verfügen über eine Selbstverwaltung der Justiz. Wir haben im
1937 Jahr 2015 einen Gesetzentwurf zur Selbstverwaltung der Justiz im Landtag des Saarlandes
1938 vorgelegt, der leider von den Koalitionsparteien CDU und SPD abgelehnt wurde. Ein Gesetz zur
1939 Stärkung der Unabhängigkeit der saarländischen Justiz erachten wir nach wie vor als
1940 notwendig.
- 1941 Es gilt: Gute Sozialpolitik ist der beste Schutz vor Kriminalität. Beim Justizvollzug setzen wir auf
1942 Resozialisierung. Strafvollzug soll Wiederholungstaten verhindern und ist deshalb eine wichtige
1943 Form der Kriminalprävention. Angebote für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Zahl der
1944 Arbeitsmöglichkeiten während der Haft leisten einen wertvollen Beitrag und sollten ausgebaut
1945 werden. Um den Resozialisierungsanspruch der Strafvollzugsgesetze umsetzen zu können, ist
1946 vor allem eine angemessene Personalausstattung im Strafvollzugsdienst nötig. Die engagierte
1947 und schwere Arbeit der Beamten – oftmals psychisch belastend – muss entsprechend vergütet
1948 werden.
- 1949 In einer insgesamt zunehmend digitalisierten Gesellschaft ist es fatal, wenn die Justiz den
1950 Anschluss verlieren würde. Der elektronische Rechtsverkehr wird derzeit eingeführt. Die
1951 Einführung der elektronischen Akte muss zum 1. Januar 2026 abgeschlossen sein.
1952 Rechtsanwälte müssen ihr elektronisches Anwaltspostfach ab dem 1. Januar 2022 aktiv nutzen.
1953 Über 80 Prozent der niedergelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte nutzen dieses
1954 bereits. Ein großes Defizit ist, dass die Digitalisierung in der juristischen Ausbildung derzeit
1955 noch keine große Rolle spielt.
- 1956 Wir wollen nicht zuletzt aus Gründen der Nachwuchsgewinnung eine umfassende Aufwertung
1957 des Berufsbildes der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Es ist zu prüfen, ob diejenigen, die
1958 sich seit vielen Jahren als unabhängige Entscheider in unserem Rechtssystem etabliert haben,
1959 als unabhängiges Organ der Rechtspflege tätig werden und damit auch ein eigenes Statusamt
1960 erhalten sollen. Dazu ist ein Diskussionsprozess notwendig.
- 1961 Zusätzliche Stellen im Rechtspflegedienst sind zu schaffen, um der zunehmenden
1962 Arbeitsverdichtung mit all seinen Auswirkungen auf die Gesundheit der Beschäftigten zu
1963 vermeiden, einer Abwanderung in andere Bundesländer entgegenzuwirken oder dass ältere
1964 Beschäftigte nicht mehr bis zum Erreichen der Altersgrenze im Dienst bleiben. Der
1965 Personalmangel führt auch zu überlangen Erledigungszeiten mit all seinen schädlichen
1966 wirtschaftlichen Auswirkungen.
- 1967 Wir sind im Saarland das Bundesland mit den wenigsten Haftplätzen im offenen Vollzug. Auch
1968 das muss sich ändern.
- 1969

1970 **Wir wollen**

- 1971 • die Senkung der Eingangsbesoldung von Richterinnen und Richter sowie
- 1972 Staatsanwältinnen und Staatsanwälten rückgängig machen - die vom
- 1973 Bundesverfassungsgericht aufgestellten Kriterien für eine angemessene
- 1974 Richterbesoldung müssen auch im Saarland gelten.
- 1975 • die Selbstverwaltung der Justiz stärken.
- 1976 • die Anzahl der Stellen im nachgeordneten Bereich erhöhen.
- 1977 • eine angemessene Personalausstattung und Vergütung im Strafvollzugsdienst.
- 1978 • Angebote für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Arbeitsmöglichkeiten im
- 1979 Strafvollzug ausbauen und diversifizieren.
- 1980 • die Digitalisierung in der Justiz vorantreiben.
- 1981 • die juristische Ausbildung an die Anforderungen der Digitalisierung anpassen.
- 1982 • eine Aufwertung des Berufsbildes der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger.
- 1983 • zusätzliche Stellen im Rechtspflegedienst.
- 1984 • Resozialisierung mit mehr Haftplätzen im offenen Vollzug stärken.
- 1985

1986 **16. Krisenfeste Kultur für alle und Medienvielfalt – *verlässlich* sichern**

1987 **Kultur bedeutet Leben – kreativ und solidarisch**

1989 Für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sind Kunst und Kultur fundamental wichtig,
1990 denn sie befähigen zu Empathie, Toleranz und kritischem Nachdenken. Wir brauchen im
1991 Saarland Künstlerinnen und Künstler in Museen, Galerien, Theatern, in der Freien Szene. In
1992 Projekten und in Clubs fungieren sie als Vermittler zwischen den Generationen – als Korrektiv
1993 oder zur Unterhaltung. Nur Kunst und Kultur vermögen es, unser Innerstes zu berühren. Kultur
1994 prägt uns, wie wir miteinander leben und umgehen. Sie beeinflusst, wer wir sind und wie wir
1995 denken, sie bildet uns und sie stützt unseren Zusammenhalt.

1996 Kultur gehört zu den Grundpfeilern unserer Demokratie. Der Staat hat die Pflicht, Kultur zu
1997 schützen und zu fördern. Deshalb sollte Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen
1998 werden.

2000 Wir stehen für kulturelle Vielfalt und dafür, dass alle Menschen einen Zugang zu Kultur haben –
2001 unabhängig vom Geldbeutel oder vom Wohnort.

2003 Die Finanzierung der kulturellen Vielfalt hat sich in den letzten Jahren verbessert. Doch die
2004 Pandemie hat bewiesen, wie sehr die Kultur leidet, wenn sie nicht stattfinden kann, wie sehr
2005 Kultur- und Kreativschaffende den öffentlichen Raum brauchen und der öffentliche Raum sie.
2006 Niemals zuvor wurde Kultur in Museen, Theatern, Galerien so schmerzlich vermisst wie im
2007 Lockdown. Konzerte, kleine oder große Festivals fielen aus oder wurden verschoben. Trotz
2008 eines Schutzfonds für Einrichtungen und Kulturschaffende sind nicht überall Hilfen
2009 angekommen. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler – und damit auch eng verbunden die
2010 Veranstaltungswirtschaft - kämpfen nach wie vor um ihre Existenz. Sie haben akute
2011 Liquiditätsengpässe und wissen nicht, ob und wie lange sie ihren Lebensunterhalt sichern
2012 können. Die bisherigen Corona-Soforthilfen des Bundes weisen Förderlücken für
2013 Kulturschaffende auf, die insbesondere Solokünstlerinnen und Solokünstler ohne eigenen
2014 Betrieb treffen. Daher plädieren wir für die Einrichtung eines Sonderfonds 2022 mit 5 Mio. Euro.

2015
2016 Der große Bereich der Freien Kultur ist geprägt von mitunter sehr niedrigen Lohnstrukturen.
2017 Selbstausbeutung gehört zur Tagesordnung. Kulturschaffende sowie zu ihnen gehörende

2018 Strukturen der Planung und Organisation schlagen sich mit begrenzten Mitteln durch, die oft nur
2019 an einzelne Projekte gebunden sind. Niedrige Löhne und Honorare müssen endlich zur
2020 Vergangenheit gehören. Eine Kulturförderung, die diesen Missstand beendet, ist jederzeit
2021 möglich.

2022
2023 Wir stehen zu einer angemessenen Finanzierung der öffentlichen Theater im Saarland – vom
2024 Saarländischen Staatstheater, über die Alte Feuerwache bis zum Kinder- und Jugendtheater
2025 Überzwerg. Wir betrachten die bundesweit bekannten und geschätzten Veranstaltungen wie
2026 das Max-Ophüls-Festival, das Festival „Perspectives“, den Kleinkunstpreis „St. Ingberter
2027 Pfanne“ als Standortvorteil. Das Festival „Resonanzen“ wollen wir langfristig sichern und
2028 etablieren.

2029
2030 Das Weltkulturerbe Völklinger Hütte ist zweifellos ein Aushängeschild unseres Landes, welches
2031 mit vielfältigen Ausstellungen und Veranstaltungen lebendig bleibt und von uns unterstützt
2032 wird.

2033
2034
2035 **Wir wollen**

- 2036 • uns dafür starkmachen, dass jedes Theater, alle Schauspielgruppen, die Museen und
2037 Galerien, die regionale Musikszene, alle Clubs und Festivals, jede Bibliothek und vor
2038 allem alle freischaffenden Künstlerinnen und Künstler eine Zukunft haben - eine linke
2039 Kulturpolitik sichert Vielfalt, Unabhängigkeit und Teilhabe.
- 2040 • mit einem sofortigen Sonderfonds 2022 in Höhe von 5 Mio. Euro Kulturschaffende,
2041 insbesondere Solokünstlerinnen und Solokünstler in der Pandemie helfen
- 2042 • konzeptionelle, baulich-technische (barrierefrei) und verkehrsinfrastrukturelle
2043 Voraussetzungen schaffen, damit jeder Mensch an Kultur teilhaben kann – das geht
2044 nicht sofort, aber mittel- und langfristig.
- 2045 • einen Kulturrat einrichten – ein Zusammenschluss von landesweiten Organisationen in
2046 den Bereichen Musik, Tanz, Theater, Literatur, Bildende Kunst und spartenübergreifende
2047 Kultur/Soziokultur, um Kunst und Kultur im Saarland mehr Geltung zu verschaffen.
- 2048 • einen regelmäßigen Kulturbericht des Landes - denn nur auf Grundlage von erhobenen
2049 Daten kann eine gute, von uns geforderte Kulturentwicklungsplanung sichergestellt
2050 werden.
- 2051 • die Künstlersozialversicherung erhalten und ausbauen.
- 2052 • Kulturförderung an die Einhaltung sozialer Standards binden.
- 2053 • ein Förderprogramm für Kultureinrichtungen im ländlichen Raum unter Berücksichtigung
2054 bestehender Strukturen.
- 2055 • Musikschulen unterstützen.
- 2056 • das Festival „Resonanzen“ langfristig sichern und etablieren.
- 2057 • denkmalpflegerische Strukturen erhalten und ausbauen, einschließlich der dafür
2058 notwendigen Personalausstattung.
- 2059 • eine Förderung der Online-Präsenz für Theater und Livespielstätten, z.B. mit eigenen
2060 Streaming-Angeboten, Mediatheken etc. – wir möchten die Digitalisierung im
2061 Kulturbereich verstärken.

2062
2063
2064
2065

Für eine plurale, vielfältige Medienlandschaft

Wir setzen uns ein für Qualität, Vielfalt und Transparenz der Medien, die ein wichtiges Instrument demokratischer Willensbildung und Teilhabe sind. Wir stehen für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien.

In Zeiten der Digitalisierung mit veränderten Nutzungsgewohnheiten und -angeboten sind radikale Umbrüche in der Medienlandschaft zu verzeichnen – mit vielen Vor- und Nachteilen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sehen sich einem zunehmenden Legitimationsdruck ausgesetzt. Wir stehen zum Erhalt des Saarländischen Rundfunks (SR), denn zu einem eigenständigen Saarland gehört auch eine eigenständige öffentlich-rechtliche Sendeanstalt.

Der Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verpflichtet die Sender, mittels Information, Bildung, Beratung, Kultur und Unterhaltung einen Beitrag zur Meinungsvielfalt und somit zur öffentlichen Meinungsbildung zu leisten. Für ein unabhängiges Programm, das frei von den Interessen Dritter gestaltet werden kann, brauchen öffentlich-rechtliche Sender wie der SR aber eine bedarfsgerechte Finanzierung – denn Qualität ist wichtiger als Quote. Nicht der Marktanteil entscheidet über den Erfolg, sondern die Vielzahl qualitativ hochwertiger Angebote und deren gesellschaftliche Reichweite.

Bisher veröffentlicht der Saarländische Rundfunk - wie andere Sender auch - vor allem Marktanteile und Quoten, Abrufe und Aufrufe von online-Angeboten. Dies sind vor allem medienökonomische Kriterien für gemessene Aufmerksamkeit und insbesondere ein Steuerinstrument für kommerziell orientierte Medienunternehmen. Daraus lässt sich jedoch nicht ableiten, ob ein öffentlich-rechtlicher Sender seinen Programm-Auftrag erfüllt und mit seinen Angeboten die verfassungsrechtlich gebotene Meinungsvielfalt gewährleistet.

Eine unabhängige, externe Qualitätsprüfung öffentlich-rechtlicher Angebote wie in der Schweiz oder Österreich gibt es bisher in Deutschland nicht. Hier könnte das Saarland Vorreiter werden. Der Impuls zur Etablierung einer jährlichen Erhebung „Qualität der öffentlich-rechtlichen Medien“ (analog dem Bericht „Qualität der Medien in der Schweiz“) sollte vom Saarland ausgehen. Der Saarländische Rundfunk und die Landesmedienanstalt Saar könnten dies gemeinsam mit dem Europäischen Institut für Medienrecht befördern und Standards setzen.

Wir halten die Intendanten- und Direktorengehälter beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk für zu hoch, auch beim SR. Eine Intendantin oder ein Intendant soll nicht mehr als eine Ministerin oder ein Minister im Saarland verdienen. Die derzeitige Besetzung des Verwaltungsrates beim Saarländischen Rundfunk sehen wir kritisch, da sie nicht in gebotener Maß staatsfern und daher verfassungsrechtlich bedenklich ist.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird durch Beiträge finanziert, die jeder Haushalt in Deutschland bezahlen muss. Viele Menschen sind arbeitslos, erhalten Hartz-IV-Leistungen oder Kurzarbeitergeld. Pandemiebedingt hat sich die finanzielle Situation dieser Menschen auch im Saarland angesichts steigender Lebensmittel- oder Energiepreise verschärft. Man kann sich zwar von der Zahlung von Rundfunkbeiträgen befreien lassen - dafür müssen aber alle notwendigen Nachweise und Dokumente extra beim Beitragsservice (früher GEZ) vorgelegt werden, auch von Sozialgeld- oder Arbeitslosengeld II/ Hartz-IV-Empfängern.

Wir wollen dieses Verfahren unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange und Einbindung der Jobcenter und Sozialämter vereinfachen und automatisieren. Erhalten

2117 Menschen Grundsicherungsleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) oder
2118 nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), sollen Leistungsberechtigte eine
2119 automatische Befreiung von Rundfunkbeiträgen erhalten.

2120
2121 In der Kindheit werden Hör- und Sehgewohnheiten sowie Nutzungsmuster geprägt. Junge
2122 Saarländerinnen und Saarländer nutzen neben Radio und Fernsehen verstärkt das Smartphone
2123 und das Tablet. Die Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Sender liegen bundesweit insgesamt
2124 bei über 9 Mrd. Euro im Jahr – die Ausgaben für das Kinderprogramm liegen aber nur bei ca.
2125 100 Mio. Euro. Es gibt in Deutschland 10 Millionen Kinder bis 12 Jahre. Die Sender wenden für
2126 Kinder, die ca. 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen, nur wenig mehr als 1 Prozent ihres
2127 Etats auf. Das ist viel zu wenig. Es muss wesentlich mehr relevante Kinderangebote
2128 insbesondere im Online-Bereich sowie den sozialen Netzwerken geben – auch beim SR.

2129
2130 Um den gewachsenen Anforderungen der Umbrüche in der Medienlandschaft gerecht zu
2131 werden, ist im November 2020 der Medienstaatsvertrag (MStV) der Länder in Kraft getreten,
2132 der den bisherigen, zwar oft geänderten, aber trotzdem in die Jahre gekommenen
2133 Rundfunkstaatsvertrag (RStV) ersetzt hat. Darin enthalten sind zahlreiche Regelungen für den
2134 öffentlich-rechtlichen, aber auch den privaten Rundfunk. Der Medienstaatsvertrag regelt nun
2135 auch Medienplattformen, Benutzeroberflächen und Medienintermediäre. Dies unterstützen wir,
2136 drängen aber darauf, dass bis 1. Januar 2031 alle Angebote barrierefrei zu gestalten sind - dies
2137 gilt auch für Telemedienanbieter. Damit unterstützen wir die Forderung der bzw. des
2138 Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen. Denn eine
2139 Verpflichtung, alle drei Jahre über Fortschritte in Sachen Barrierefreiheit zu berichten, reicht
2140 eben nicht aus – sie muss umgesetzt werden.

2141
2142 Wir kritisieren das Besetzungsverfahren für die Stelle der Direktorin bei der
2143 Landesmedienanstalt und haben die Verfassungsklage von Bundestagsfraktionen gegen das
2144 Saarländische Mediengesetz begrüßt. Dieses Gesetz wollen wir ändern.

2145 Die schrecklichen Bilder der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal sind unvergessen. In
2146 Katastrophenfällen oder bei anderen vergleichbar erheblichen Gefahren für die öffentliche
2147 Sicherheit oder Ordnung ist es der Bundesregierung und den Landesregierungen erlaubt,
2148 unverzüglich angemessene Sendezeit für amtliche Verlautbarungen bei ARD, ZDF und
2149 Deutschlandradio zu erhalten (Verlautbarungsrecht). Wir möchten dieses Recht erweitern auf
2150 sogenannte Intermediäre wie Facebook, Google & Co, damit staatliche Warnhinweise im
2151 Katastrophenfall schnell online verbreitet werden können.

2152 Bei einer immer älter werdenden Bevölkerung und hinsichtlich von Menschen mit
2153 Behinderungen müssen verstärkte Anstrengungen beim Ausbau einer barrierefreien Gestaltung
2154 von Internetseiten, beim Fernsehprogramm und beim Radio unternommen werden.

2155 **Wir wollen**

- 2156 • den Saarländischen Rundfunk SR erhalten und stärken.
- 2157 • die Gremienbesetzung demokratisieren und den Einfluss politischer Parteien signifikant
2158 reduzieren.
- 2159 • eine größere Mitbestimmung der Belegschaft des Saarländischen Rundfunks in den
2160 Gremien, z.B. über Redakteursstatute.
- 2161 • dass der Intendant des Saarländischen Rundfunks nicht mehr verdient als ein
2162 Landesminister.

- 2163 • dass trimediale Kinderangebote massiv ausgebaut werden.
2164 • private und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten verpflichten, barrierefreie Angebote
2165 zu erhöhen bis zur vollständigen Barrierefreiheit spätestens im Jahr 2031.
2166 • eine jährliche Erhebung „Qualität der öffentlich-rechtlichen Medien“ anregen.
2167 • das saarländische Mediengesetz hinsichtlich der Wahl der Direktorin / des Direktors der
2168 Landesmedienanstalt ändern.
2169 • für Menschen im Hartz-IV-Bezug eine automatische Befreiung von Rundfunkbeiträgen
2170 erreichen.
2171 • staatliche Warnhinweise im Katastrophenfall für Intermediäre wie Facebook,
2172 Suchmaschinen und andere Plattformen durch eine Änderung des Medienstaats-
2173 vertrages ermöglichen (Verlautbarungsrecht).
2174 • mehr Untertitelungen bei Fernsehprogrammen sowie Audiodeskription, Übersetzung in
2175 Gebärdensprache.
2176 • verstärkt barrierefreie Internetseiten.

2177 **17. Ein Saarland für alle – *verlässlich* die Vielfalt stärken**

2178
2179 Es ist normal, verschieden zu sein.
2180

2181 **Wir wollen**

- 2182
2183 • mehr Geschlechtergerechtigkeit und selbst bestimmtes Leben in einer inklusiven
2184 Gesellschaft.
2185 • eine gestärkte Jugendkultur mit mehr demokratischer Teilhabe.
2186 • ein nachhaltiges, wirksames Eintreten gegen Rechts, gegen Rassismus und
2187 Ausgrenzung.
2188 • eine nachhaltige Erinnerungsarbeit.
2189 • eine bessere Kultur des Alterns.
2190 • mehr direkte Demokratie.
2191 • und die Unterstützung des Sports: er ist für alle da.

2192 **Mehr Geschlechtergerechtigkeit - mehr Selbstbestimmung und Gleichstellung - offensiv** 2193 **und sozial**

2194 Die Gleichstellung aller Menschen, egal welcher sexuellen Orientierungen oder welchen
2195 Geschlechts, ist ein hoher Anspruch, für den es sich zu kämpfen lohnt. Ihm liegt die
2196 Überzeugung der Gleichwertigkeit aller Menschen zu Grunde. Wir treten ein für ein Land, in
2197 dem alle Menschen unabhängig von ihrer körperlichen Verfassung, ihrem sozialen Status,
2198 ihrem Alter, Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung gleichberechtigt zusammenleben und
2199 an den demokratischen Entscheidungen beteiligt werden.

2200
2201 Für uns ist dies ein zutiefst humanistischer Ansatz, der Grundlage allen politischen Denkens
2202 und Handelns darstellt. Gleichstellungspolitik muss im Saarland ein selbstständiger
2203 Politikbereich werden - Gleichstellung ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe.
2204

2205 In den Lehrplänen der Schulen muss die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen sowie
2206 geschlechtlichen und sexuellen Identitäten umfassend abgebildet werden. Aufklärungsinitiativen
2207 zu sexueller Gesundheit in Schulen, Arbeitswelt, Gesellschaft und queeren Szenen müssen
2208 gestärkt werden.

2209 **Wir wollen:**

- 2210 • die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern,
- 2211 • die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Landesaufnahmestelle des Landes schulen,
- 2212 um auf die Bedürfnisse queerer Geflüchteter eingehen zu können,
- 2213 • Unterstützung für Präventionsprojekte und Organisationen, die sich gegen Hass und
- 2214 sexualisierte Gewalt gegen queere Personen im Netz engagieren.
- 2215 • die Vielfalt an Lebensentwürfen sowie geschlechtlichen und sexuellen Identitäten in den
- 2216 Lehrplänen der Schulen abbilden.

2217 **Inklusives Leben – für uns kein Schlagwort**

2218 Das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen muss
2219 Selbstverständlichkeit sein. Wir verstehen Inklusion als einen tiefgreifenden Prozess zum
2220 Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten, der sich auf all die Menschen bezieht, die von
2221 Teilhabe ausgeschlossen werden. Inklusion ist ein Menschenrecht - das Gegenteil zu
2222 Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, überall im
2223 politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es selbstbestimmt
2224 aktiv mitgestalten zu können.

2225 Wir treten für volle und wirksame Teilhabe aller Menschen ein. Grundvoraussetzung dafür ist
2226 Barrierefreiheit – in baulicher, kommunikativer, struktureller Hinsicht. Wir lehnen Sonderwelten
2227 ab. Solidarität schließt alle Menschen ein.

2228 **Wir wollen**

- 2229 • inklusive Bildung mit guter Qualifizierung des Personals und ausreichender Personal-
2230 und Sachausstattung in den Einrichtungen.
- 2231 • ein garantiertes Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen.
- 2232 • einen Anspruch auf Kommunikation in Gebärdensprache gegenüber öffentlichen Stellen.
- 2233 • die Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen erleichtern, innerhalb von
2234 Verwaltungsverfahren auf Informationen in „leichter oder einfacher Sprache“ zugrei-
2235 fen zu können.
- 2236 • eine Ausrichtung der Städtebauförderung auf barrierefreie Lebensräume.
- 2237 • einen flächendeckend barrierefreien ÖPNV.
- 2238 • eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung als kommunale Pflichtaufgabe.
- 2239 • Bindung öffentlicher Investitionen und Förderungen an das Kriterium Barrierefreiheit.
- 2240 • eine Überprüfung aller Gesetze und Verordnungen, ob sie der UN-
2241 Behindertenrechtskonvention entsprechen und sie bei Bedarf entsprechend ändern.
- 2242 • gute Rahmenbedingungen für eine inklusive Arbeitswelt für alle Beschäftigten schaffen.
- 2243 • Aufträge verstärkt an Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil, an
2244 Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen vergeben.

2245 **Für eine gestärkte Jugendkultur - demokratische Teilhabe für alle**

2246 Die Große Koalition hat immer wieder betont, jugendpolitisch viel bewegen zu wollen. Nach der
2247 fünfjährigen Legislaturperiode muss aber jeder feststellen: die Bilanz ist ernüchternd. Und das,
2248 obwohl gerade jetzt während der Pandemie, unter der Jugendliche besonders stark leiden, viel
2249 zu tun wäre.

2254
2255
2256
2257
2258
2259
2260
2261
2262
2263
2264
2265
2266
2267
2268
2269
2270
2271
2272
2273
2274
2275
2276
2277
2278
2279
2280
2281
2282
2283
2284
2285
2286
2287
2288
2289
2290
2291
2292
2293
2294
2295
2296
2297
2298
2299
2300
2301
2302

Jugendliche müssen die Möglichkeit zur Mitgestaltung haben. Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger müssen im ständigen Austausch mit den vielen engagierten Jugendverbänden des Saarlandes sein und sie bei Entscheidungen, die sie betreffen, zur Beratung hinzuziehen. Doch nur eine beratende Rolle reicht nicht.

Wir wollen

- die direkte Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre.
- die Stärkung und Ausweitung von Jugendbeiräten in den saarländischen Kommunalparlamenten.
- den Erhalt und den Ausbau von Jugendzentren.
- keine Kriminalisierung von Jugendkulturen.
- dass Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft nicht von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Gegen Rechts - gegen Rassismus und Ausgrenzung

In den sozialen Netzwerken findet der Informationskrieg inzwischen rund um die Uhr statt. Rechte Kräfte verbreiten gezielt rassistische Inhalte und Verschwörungserzählungen, um den politischen Diskurs nach rechts zu verschieben. Oft sitzen hinter dieser Flut an Posts nicht einmal echte Menschen, sondern Meinungsroboter. Ihre einzige Mission ist die Verbreitung von Fake-News.

Solange über diese Taktik von Rechtsextremisten nicht ausreichend aufgeklärt wird, wird der Rechtsextremismus mit jedem weiteren Tag salonfähiger.

Deshalb fordern wir, nicht nur die Verbreitung von Fake-News im Internet zu bekämpfen, sondern die Stärkung der Medienkompetenz an Schulen in den Fokus zu rücken. Denn besonders junge Menschen können durch Fake-News leicht beeinflusst werden.

An Antirassismus darf kein Weg vorbeiführen. Im Juni 2020 befürwortete der Ministerpräsident noch die Streichung des Begriffs „Rasse“ aus dem Grundgesetz. Doch im Saarland, wo er selbst die Möglichkeit hat, ein so wichtiges Zeichen zu setzen, schweigt er zu diesem Thema. Auch in der saarländischen Verfassung taucht der Begriff „Rasse“ nach wie vor auf - obwohl die Vorstellung, es gäbe „menschliche Rassen“, nicht nur wissenschaftlich längst überholt ist, sondern auch ein Wegbereiter der nationalsozialistischen Ideologie war.

Nur dadurch wird der sich ausbreitende Rassismus aber nicht gestoppt. Deshalb fordern wir auch, den Antirassismus als zentralen Bestandteil in der Polizeiausbildung zu etablieren. Racial-Profiling muss ein Ende finden. Rassistische Vorfälle in Verbindung mit Polizistinnen und Polizisten müssen viel häufiger als bisher aufgeklärt werden.

Wir wollen

- die Stärkung der Medienkompetenz an unseren Schulen.
- unabhängige Stellen schaffen, an die sich Opfer wenden können.
- Antirassismus als zentralen Bestandteil in der Polizeiausbildung etablieren.

2303 **Nachhaltige Erinnerungsarbeit – fest installieren und stärken**

2304

2305 Für uns gehört die Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus zum zentralen
2306 Bestandteil unserer Politik. Das Gedenken ist klarer Auftrag, unerschrocken antifaschistisch
2307 zu sein. In Parlamenten ebenso wie im Alltag. Eine kritische und lebendige
2308 Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte ist fortwährend notwendig, um Gesellschaft und
2309 Politik so zu gestalten, dass ein Rückfall in dunkelste Nazi-Vergangenheit sich nicht
2310 wiederholen kann. Rituale ohne Konsequenzen nutzen hier wenig.

2311 Historische Erinnerungsorte müssen daher erhalten und ausgebaut werden, vor allem finanziell
2312 ausreichend ausgestattet werden, damit pädagogisch betreutes, historisches Lernen möglich
2313 und so ein nachhaltiges „Lehren-Ziehen“ aus der Vergangenheit gesichert wird.

2314

2315 Die Erinnerungskultur wird sich jedoch weiter wandeln, denn immer weniger Zeitzeugen werden
2316 berichten können. Daher muss Erinnerungsarbeit stärker mit Integrationsarbeit kombiniert
2317 werden. Menschen mit Fluchterfahrung sollen sich besser einbringen können. Hier spielt der
2318 Sport eine große Rolle.

2319

2320 Die Gedenkveranstaltungen zur Reichspogromnacht erleben zum Glück immer eine große
2321 Resonanz – auch bei jungen Menschen im Saarland durch aktive Mitwirkung. Die Stätten des
2322 Gedenkens an Opfer der NS-Gewaltherrschaft im öffentlichen Raum haben sich vor allem in
2323 unseren Städten fortentwickelt und das ist gut so.

2324

2325 Ein Blick in die Erinnerungsarbeit im Fußball lohnt sich ebenfalls. Es gibt seit 17 Jahren das
2326 Fußballnetzwerk „Nie Wieder“, was die Bildungsarbeit im Fußball prägt. Das Verbot des
2327 Frauenfußballs 1955 wurde größtenteils von DFB-Funktionären vorgebracht, die damals in
2328 der NSDAP waren – eine Herausforderung an den Bildungsauftrag, aber sicher machbar und
2329 notwendig.

2330

2331 **Wir wollen**

2332

- 2333 • dass „Vergessene Opfer“ entschädigt werden, d. h. auch diejenigen, die keine Gelder
2334 durch die sogenannte Zwangsarbeiterentschädigung erhalten haben.
- 2335 • dass regionale Initiativen zur Ehrung misshandelter und ermordeter Bürgerinnen und
2336 Bürger stärker gewürdigt werden. Das Gedenken an die Opfer ist alljährlich neu in
2337 Erinnerung zu bringen – und es muss eine ewige Mahnung sein, dass Menschen- und
2338 Bürgerrechte unteilbar sind.
- 2339 • dass die Streichung von Nazi-Größen aus der Liste der Ehrenbürgerinnen und
2340 Ehrenbürger der Städte und Gemeinden konsequent in den Räten beantragt werden.
- 2341 • dass öffentliche Plätze und Straßen verstärkt nach Opfern des Nationalsozialismus
2342 benannt werden - ebenso wie bekannte, öffentlich zugängliche und bürgernahe
2343 Räumlichkeiten: zum Beispiel Säle im Landesparlament.

2344

2345 Es darf nicht 30 Jahre dauern, bis rechtsextreme Aktivitäten und Ereignisse mit rassistischem
2346 Hintergrund wie die Ermordung des ghanaischen Flüchtlings Samuel Yeboah im Zuge eines
2347 Brandanschlags auf eine Unterkunft für Asylsuchende in Saarlouis geahndet werden. Eine
2348 echte Gedenkstätte, ein Mahnmal fehlen bis heute.

2349

2350

2351

2352 **Wir wollen**

2353

- eine Videokampagne auf der Webseite der Kreisstadt Saarlouis, um die Erinnerungsarbeit zu stärken und nachhaltig zu wirken.

2355

2356 Die Gedenkstätte Neue Bremm spiegelt in ihrer Kargheit das Innehalten im Rahmen des Gedenkens immer wieder wortlos und doch schmerzhaft wider. Trotzdem wäre ein Ausbau dieser zentralen Gedenkstätte notwendig, gerade mit Blick auf Wetterschutz und eine fortwährend gute Besucherfrequenz. Dazu gehören jedoch angemessene Ideen, welche die Aussage der Atmosphäre dieser Gedenkstätte nicht verfälschen dürfen.

2361

2362 **Wir wollen**

2363

- dass im Landeshaushalt der Etat für Erinnerungsarbeit breiter aufgestellt wird.
- einen kritischen, aufgeklärten und entschlossenen Umgang der jüngeren Generation mit der unsäglichen Zeit des Faschismus fördern. Dafür braucht es innovative Unterrichtskonzepte und eine nachhaltige Gedenkstättenpädagogik.
- dass Projekte finanzielle Planungssicherheit erhalten, damit die pädagogische Freiheit mit Blick auf Erinnerungskultur umgesetzt werden kann.

2370

2371 **Eine bessere Kultur des Alterns - für einen guten Lebensabend im Saarland**

2372

2373 Jeder Mensch soll selbstbestimmt und würdevoll alt werden können. Nach Angaben von Wohlfahrtsverbänden fühlt sich jeder siebte ältere Mensch im Saarland einsam. Das ist eine erschreckende Anzahl von Menschen.

2374

2375 Die Zahl der Pflegebedürftigen im Saarland steigt rasant. Die Mehrzahl wird durch ihre Angehörigen zu Hause ohne Unterstützung von Pflegediensten gepflegt. Das ist schwere Arbeit. Angehörige brauchen aber Unterstützung, z.B. im hauswirtschaftlichen Bereich, aber auch Beratungsangebote. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist kaum zu schaffen.

2380

2381 Wohnt ein älterer Mensch in einem Seniorenheim, stellt sich für viele die finanzielle Frage, da die Heimkosten nur teilweise von der Pflegeversicherung bezahlt werden. Im ländlichen Raum wollen wir die Palliativmedizin und Hospizbetreuung ausbauen. Viele ehrenamtlich Engagierte sind in der Hospizbetreuung tätig - dieses Ehrenamt sollte stärker gefördert werden.

2384

2385 **Wir wollen**

2386

- eine Stärkung des Ehrenamtes in der Hospizbetreuung.
- einen flächendeckenden Ausbau von Seniorenbeiräten, um Kommunen in allen, die Seniorinnen und Senioren betreffenden Angelegenheiten, zu beraten und Handlungsempfehlungen geben zu können.
- eine Teilnahme von Vertretungen für Seniorinnen und Senioren an Ratssitzungen mit Rede- und Antragsrecht, um älteren Menschen eine Stimme zu geben.
- den Ausbau der „Häuser der Generationen“ mit offenen, vielfältigen Angeboten kultureller Art, juristischer Beratung usw.
- eine ständige Aktualisierung der Landespflegepläne.
- eine bessere Unterstützung und Beratung von Angehörigen der zu Pflegenden.
- einen Ausbau der ambulanten palliativen Betreuung.
- eine Stärkung des Ehrenamtes in der Hospizbetreuung.

2400

2401

2402 **Mehr direkte Demokratie - jetzt**

2403 Wir leben in Freiheit - Grund dafür ist die Demokratie, welche wörtlich „Herrschaft des Volkes“
2404 heißt. Alle Staatsgewalt soll vom Volke ausgehen. Das Demokratieprinzip ist deshalb stets zu
2405 achten und zu fördern. Direktdemokratische Einwirkungsmöglichkeiten müssen im Saarland
2406 jedoch unbedingt gestärkt werden. Noch immer sind die Hürden für Volksinitiativen,
2407 Volksbegehren und Volksentscheide viel zu hoch. So startete im Oktober 2016 ein
2408 Aktionsbündnis im Saarland eine Unterschriftensammlung für den Antrag auf ein
2409 Volksbegehren. Ziel war die Rückkehr zu einer Regelschulzeit mit Abitur nach neun Jahren
2410 (G9). Bis April 2017 wurden mehr als 5.500 Unterschriften dafür gesammelt. Der Antrag wurde
2411 zwar zugelassen, das Volksbegehren scheiterte jedoch an den weiteren Hürden. Das führt zu
2412 Frust.

2413
2414 Im Ranking der direktdemokratischen Verfahren in Deutschland auf Landes- und
2415 Kommunalebene des Vereins *Mehr Demokratie e.V.* belegt das Saarland seit Jahren den
2416 letzten Platz. Das wollen wir ändern.

2417
2418 Unsere Demokratie ist jedoch in Gefahr - Hass und Fake-News im Internet haben dazu
2419 beigetragen. Um dieser Entwicklung wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, ist mehr politische
2420 Bildung und Vermittlung von Medienkompetenz in den Schulen notwendig.

2421
2422 Das Saarland hat im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern kein eigenes Petitionsgesetz
2423 - dabei sind Petitionen ein wichtiges Mittel der Demokratie. Das bisherige saarländische
2424 Petitions- und Beschwerdewesen ist hoffnungslos veraltet: So gibt es keine Möglichkeit von
2425 Massenpetitionen, kein Quorum für öffentliche Anhörungen, Möglichkeiten elektronischer
2426 Petitionen fehlen genauso wie eine Gleichstellung zwischen handschriftlich gesammelten
2427 Unterschriften und elektronischer Mitzeichnung oder die Möglichkeit von Vollmachten für
2428 andere Petenten. Eine Frist für Stellungnahmen der Landesregierung fehlt völlig – damit sind
2429 lange Wartezeiten für Antworten vorprogrammiert. Das wollen wir ändern.

2430 2431 **Wir wollen**

- 2432
- 2433 • die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken, Briefwahl und freie
2434 Unterschriftensammlung einführen.
- 2435 • grundsätzlich Volksentscheide bei Änderungen der Saar-Verfassung.
- 2436 • Bürgerbegehren auch auf Ortsteilebene einführen und nicht nur auf Gemeinde-
2437 /Stadtebene, da die Betroffenheit in Großgemeinden oft sehr unterschiedlich ist.
- 2438 • politische Bildung und Medienkompetenzvermittlung in Schulen/Berufsschulen sowie in
2439 der Landeszentrale für politische Bildung verstärken.
- 2440 • die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre.
- 2441 • ein saarländisches Petitionsgesetz, welches die bisher verstreuten Vorschriften bündelt,
2442 vieles klarstellt und definiert sowie den aktuellen Entwicklungsstand der bundesweiten
2443 Petitionsgesetzgebung anpasst.

2444 2445 **Die Unterstützung des Sports – er ist für alle da**

2446
2447 Bei uns im Saarland spielt das Vereinsleben eine besonders große Rolle, vor allem auch im
2448 Sport. Aber die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie haben gerade die Sportvereine
2449 besonders hart getroffen. Viele Beitrag zahlende Mitglieder sind ausgetreten, zahlreiche
2450 Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Funktionsträgerinnen und Funktionärsträger sowie

2451 Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter haben ihre Tätigkeit eingestellt - viele vielleicht für
2452 immer. Wie viele Sportvereine die Pandemie überleben werden, wird auch davon abhängen, in
2453 welchem Umfang die Gesellschaft und die Landespolitik helfen kann und helfen will.

2454 **Wir wollen**

- 2456 • dass die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Vereinssport nicht von Impfungen
2457 abhängig gemacht wird – das wäre diskriminierend und ausgrenzend.
- 2458 • ein eigenes Förderprogramm zur Rettung der Sportvereine. Die Forderung, den
2459 Sportvereinen in der Pandemie zu helfen, indem Mitgliedsbeiträge in den
2460 Steuererklärungen geltend gemacht werden können, unterstützen wir.
- 2461 • die bezahlte Freistellung von landes- und kommunalen Angestellten und Beamtinnen
2462 und Beamten (max. 4 Stunden pro Woche, befristet bis Ende 2024), wenn sie die
2463 Betreuung von Sportgruppen und Mannschaften für Kinder und Jugendliche (max. 18
2464 Jahre) übernehmen.
- 2465 • die Einrichtung eines landesweiten Förder-Fonds für Vereinsaktivitäten, in denen Mittel
2466 des Bundes, des Landes, privater Unterstützerinnen und Unterstützer, von Saar-Toto
2467 und anderen Trägern einfließen.
- 2468 • eine breite Unterstützung des Sports mit Menschen mit Behinderungen und deren
2469 diskriminierungsfreien Zugang zu allen Sportveranstaltungen.
- 2470 • die Förderung von Initiativen zur Rassismusbekämpfung.

2471 Der Landessportverband Saar hat Jahre der Misswirtschaft und fehlender Aufsicht hinter sich
2472 und war von Regierungsparteien zur politischen Landschaftspflege dominiert. Hier herrscht
2473 immer noch Reformbedarf für mehr Transparenz und Basisdemokratie.

2474 Nach unserer Auffassung muss der Förderung des Breitensports mehr Bedeutung
2475 zukommen. Nur dieses starke Fundament kann letztendlich auch den Leistungs- und
2476 Spitzensport fördern. Bei aller Freude über Olympia-Medaillen, Weltrekorde oder
2477 Meisterschaftstitel - sie sind ein Markenzeichen für den Saar-Sportstandort – muss es ein
2478 Nebeneinander auf Augenhöhe mit dem Breitensport geben. Die Gesundheit der Kinder, der
2479 Erwachsenen und Seniorinnen und Senioren muss das zentrale Ziel einer landesweiten
2480 Sportförderung sein.

2481 **18. Haushalt und Finanzen - *verlässlich* gewährleisten**

2482 **Krisenlasten - gerechter verteilen**

2483 Wir wollen ein eigenständiges Saarland bleiben, das von seinen Einnahmen leben kann. Weil
2484 wir weg wollen von der unsozialen Politik nach Kassenlage, treten wir dafür ein, dass das Land
2485 und die Kommunen wieder eine finanzielle Ausstattung erhalten, damit sie ihren Aufgaben
2486 gerecht werden können. Strukturelle Einnahmeverbesserungen sind hierbei eine zentrale
2487 Voraussetzung.

2488 Die Corona-Krise und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen haben deutlich gezeigt, dass die
2489 „Schwarze Null“ nicht krisentauglich ist: nur der aktive Staat war und ist in der Lage, mit
2490 Sofortmaßnahmen, Schutzschirmen und Konjunkturprogrammen auf die Herausforderungen
2491 der Pandemie zu reagieren.

2492 Wichtige Zukunftsaufgaben wurden verschoben und müssen nun mühsam nachgeholt werden,
2493 zukunftssträchtige Leitprojekte, zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung, wurden nicht
2494 angegangen. In wesentlichen Teilen der Landesverwaltung wurde Personal abgebaut, das nun

2495 wiedereingestellt werden muss. Die heutigen Schulden müssen auch aufgenommen werden,
2496 um die Folgen der Kürzungspolitik zu mildern.

2497 Wir begrüßen die Einrichtung eines Beteiligungsfonds für Unternehmen in der Krise – eine
2498 langjährige Forderung der LINKEN. Sie ist längst überfällig. Wir wollen mit dem Parlament über
2499 den Bundesrat auf eine deutlich höhere Besteuerung von Millionen-Einkommen, -Vermögen
2500 und -Erbenschaften hinwirken. Die so entstehenden Einnahmeverbesserungen würden den
2501 Haushalt des Landes spürbar entlasten und die Gefahr massiver Mittelkürzungen in wichtigen
2502 Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge vermindern.

2503
2504 Auch eine einmalige, über 20 Jahre zu zahlende Vermögensabgabe für Milliardäre und
2505 Multimillionäre kann laut einer DIW- Studie ein beträchtliches Aufkommen erzielen. Selbst bei
2506 hohen Freibeträgen würde sie rund 300 Milliarden Euro in den Staatshaushalt spülen, aber
2507 weniger als ein Prozent der Bevölkerung belasten. Damit ließen sich die Kosten der Corona-
2508 Krise teilweise finanzieren und Investitionen in Ländern und Kommunen anschieben.

2509 Wir lehnen eine Rückkehr zur Politik der „Schwarzen Null“ ab. Das Land muss in der Krise
2510 begonnene, erste finanzpolitischen Korrekturen fortsetzen und endlich auch einen politischen
2511 Richtungswechsel einleiten. Dazu gehören insbesondere die nachhaltige Bekämpfung
2512 bestehender sozialer Ungleichheiten, eine gerechte Verteilung der Krisenkosten durch
2513 Initiativen für eine andere Steuerpolitik und die Rückkehr zu einer gestaltenden und
2514 zukunftsorientierten Industriepolitik.

2515 Wir wollen keine höheren Steuern für kleine und mittlere Einkommen. Kein privates Grundstück
2516 mit dem Eigenheim wird zusätzlich besteuert. Und keine klassische Erbschaft muss zusätzlich
2517 zum Aderlass. Wir fordern nur eine gleichberechtigte finanzielle Beteiligung von Superreichen,
2518 von Millionären und Milliardären sowie großen Unternehmen. Und auch die Spekulation an
2519 Börsen und Immobilienmärkten muss, wenn sie nicht unterbunden werden kann, wenigstens
2520 real mit Steuern belegt werden, wie es auch für alle anderen Bereiche der Wirtschaft seit
2521 Jahrzehnten gang und gäbe ist.

2522 **Wir wollen**

- 2523
- 2524 • die Wiedereinführung der Vermögensteuer als eine wesentliche Säule der Finanzierung
2525 der Bundesländer
- 2526 • die Abschaffung von Beitragsbemessungsgrenzen bei Sozialabgaben.
- 2527 • Steuersenkungen der Einkommenssteuer bei mittleren Einkommen (bis 80.000 EUR
2528 pro Jahr) und die Erhöhung der Einkommensteuer bei Einkommen darüber.
- 2529 • eine Reform der Unternehmensbesteuerung, die Investitionen und den Erhalt der
2530 Arbeitsplätze bei der Besteuerung stärker berücksichtigt und rein spekulatives Kapital
2531 und Vermögen deutlich höher besteuert.
- 2532 • klare und einheitliche Regelungen auf EU-Ebene, damit Steuerflucht ausgeschlossen
2533 werden kann. Steuern müssen überall dort anfallen, wo die Wertschöpfung stattfindet
2534 und nicht, wo der Briefkasten eines Unternehmens aufgestellt wurde.

2535 Das Saarland kann hier im Bundesrat initiativ werden und gemeinsam mit anderen
2536 Bundesländern auftreten. Denn nur eine starke LINKE thematisiert grenzenlosen Reichtum als
2537 die Ursache von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung.